

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsführung entfallen dem Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Anzeigenpreis: Für die schmalste Linie 10 Zeilenpreis. - Anzeigen im Abonnement 1 Monat. - Anzeigen ohne Angabe durch den Verlag des Politischen Wegweiser, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.

ummer 40

Halle (S.), 1. Oktober 1927

3. Jahrgang

Die europäische Redeschlacht

Die Rede von Tannenberg

Wach wie fahsig mit dem Inhalt der Rede des Reichspräsidenten bei der Einweihung des Tannenberg-Denkmalen verbunden war, wird aus tatsächlichen Gründen behauptet, daß sie gehalten wurde. Der Kampf gegen die Kriegsschuldfrage ist eine Selbstverständlichkeit. Der Mangel von fassendem von dem Ehrenschilde des deutschen Volksgenossen, aber man darf sehr wohl die Ansicht vertreten, daß hier die wissenschaftliche Forderung einzuwirken, die für ein späteres geschichtliches Urteil die Grundlage geben muß, daß aber die Politik diese Angelegenheit zunächst ruhen lassen soll. Schon aus dem einen Grunde, weil praktisch damit nichts zu erzielen sein wird. Wenn „Deure“ sagt, im Friedensverträge keine Befreiung von der deutschen Kriegsschuld nur ein Vorwärtsschritt, so ist das nur formal richtig. Tatsächlich enthält auch der Vorschlag von dem Diktator die Befreiung. Aber fahsig wird nicht geschickt. In dem Wort des Friedensvertrages dürfte eine Veränderung eintreten, wenn einmal diese Frage gelöst wird. Der Vorschlag von diesen Forderungen herleiten will, muß es auf einem Wege erreichen. Wichtig ist es durchaus, wie in der Republik bereits einmündig gezeigt hat. Graf Westphal ist in einer Rede vor seinen Wählern in Potsdam II. kamt, daß er an der Abfassung der Hindenburgschen Forderung einen Anteil gehabt hat. Wir können nur hoffen, daß uns das nicht überkaufte. Wenn außenpolitische Angelegenheiten begangen werden, werden sie von den Deutschen immer bejubelt und gehören auf ihr Schuldbüchlein.

Das Echo

Einmündigkeit ist die Entfaltung der französischen Presse gemeint. Mit Ausnahme des „Reit Karrieren“, der sofort einen empörten Artikel widmet, hat die Tannenbergrede zunächst gar keinen Widerhall gefunden. Erst als sich die Verhältnisse zwischen Stresemann und Briand der sichtbar wurde, holten sie einige Zeitungen und zwar nicht aus eigenem Trieb - dagegen spricht die Unfähigkeit - wieder hervor, um eine kleine Hege in Deutschland daran zu knüpfen. Nationalisten halten immer so, und es kann gar nicht oft genug den Wählern gesagt werden, daß von allen Internationalen die nationalsten am besten arbeiten. Sie spielen sich gegenseitig in Karten und sind völlig einig, in dem Bemühen, die Welt nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Daß in Paris und Wien nicht geschlagen wurde, weckte in der deutschsprachigen Presse eine jubelnde Begeisterung,klärung nannten das. Allerdings: Scharben haben den Vorzug, die Zusammenlegung besser zu zeigen. Und sie lieben Scharben. Sie fürchten sie mehr als eine Veränderung der Wälder, allerdings einen Hagedisfag für ihre Urteile bedeuten. Sie wüßten nicht mehr, wozu sie dann leben.

Herr Theunis

Was sich Vorberede auch noch so bemühen, den Schritt Kriegesfortzuführen, so wird er in dieser heiligen Lebensarbeit sofort von den Kollegen behindert. Sein Vorzug, das Fronteierkämpfen des ersten Kriegsjahres durch unparteiisches Schiedsgericht nachprüfen zu lassen, ließ die Ablehnung des Kabinetts. Die Rede des Kriegsführers, Grafen Broqueville, ist noch in frischer Erinnerung. Sein Wagemut ließ den Ministerpräsidenten nicht schlaft. Bei der Einweihung eines Denkmalen - diese Denkmalen sind ein Glück für die Politik! - für den verstorbenen französischen Staatsmann Bernaert, hielt er eine Rede gegen Deutschland, die sich allein durch ihre fleißigste berechnete Embrüderung hervorzuheben mußte. Er war schon 1912 aus dieser Tätigkeit, und es war, einer jeden Zusammenhang mit späteren Ereignissen herzuver, aber Theunis ist das gelungen. Er erklärte eben, dem Parteifreunde alles erpart gehalten. Die gegen diesen nicht aus. An Genf sollte gerade am Sonntag auf zwischen Stresemann und der Völkerei ein gemeinsames Communiqué vereinbart werden, mit dem die untereinandergehenden zunächst einmal befristet worden. Das ist nun glücklich verhindert worden, und war es der Zweck dieser Uebung.

Barthoin

Der Justizminister im Kabinet Poincare hatte es noch besser als Theunis, bei der Einweihung eines Denkmalen die in Pariso fallenen Franzosen umreißen zu lassen, in seine Ausführungen hineinzuweisen, aber ist ihm tatsächlich gelungen. Er beglückte einfach Ald el

Armit mit Wilhelm II. Gegen beide hat Frankreich gekämpft, das ist richtig und beide aus dem Sattel gehoben. Nur überhast Bartheou, daß er damit eigentlich eine Rechtfertigung für den Gefährten übernahm. Ald el Armit hat einen Verleumdungskrieg geführt und sein Land vor fremden Eindringlingen zu retten versucht. Man mag über die Notwendigkeit von kolonialen Eroberungen denken, wie man will, moralisch steht jedenfalls der höher, der die Heimat frei erhalten will, als der beutetüchtige Staat, den die Erbfeinde locken, fremde Völker zu unterjochen. Bartheou hat von den Gewalttaten der Deutschen erzählt. Wir kennen die Worte, wir kennen den Text. Eine Äußerung wird auch dadurch nicht zu einer Wahrheit, daß man sie wiederholt. sagte Poincare einige Tage später und meinte Deutschlands Völker mit es den großen Vorkämpfer, daß er von Eroberungen der Vorkämpfer nichts mehr wissen will, und wir sind auch der Ansicht, daß man seine Empfindlichkeiten schonen soll, solange er an der Macht ist. Schließend geht die Äußerung zu weit, daß er über sein Verhält-

ten in den Jahren 1913-1914 Rechenschaft ablegen soll. Niemand legt sich gern freiwillig auf die Brust. Wenn er uns aber gegenfeitiges Schwelgen vorzuzug, so könnte man darüber schon zur Verhängung kommen. Dann aber müssen solche Reden, wie seine erste in Versailles unterbleiben. Auf sie und die Broquevilles hat Hindenburg in Tannenberg erst geantwortet.

Briand und Stresemann

Pariser Blätter berichteten fahlos, daß Briand den deutschen Kollegen in Genf nach der Tannenbergrede und dem Interview Stresemanns mit dem Main öffentlich geschnitten habe. Zu verurteilen wäre es nicht gewesen, denn die Meute, von der beide in der Heimat angeklagt werden, ist in beiden Ländern gleich stark. Aber Briand dachte gar nicht daran. Er hat sehr viel Mut. Eine vorbildliche Eigenhaft der Außenminister. So zeigte er sich demonstrativ schon am nächsten Tage mit Stresemann zusammen. Was sie gesprochen haben, weiß man nicht, und das ist gut so. Nur eines wurde aufgefangen, als er mit

Reichspräsident von Hindenburg

Von Erich Koch

Reichsminister a. D., Mitglied des Reichstags.

Ueber die Bedeutung Hindenburgs heute ein abschließendes Urteil zu fällen, ist zu früh. Aber eine Unterdrückung darüber ist möglich, weswegen Hindenburg die gewaltige Liebe und Verehrung des deutschen Volkes besitzt. Eigenschaften des Charakters sind es, die das deutsche Volk von seinem Helden abtrennen. Was es an Hindenburg schätzt, ist vor allem anderen sein Pflichtgefühl. Daß Hindenburg dieses Gefühl in Krieg und Frieden 70 Jahre lang in den Bahnen seiner Tradition und Standesansichtungen bewahrt hat, verdient die Anerkennung, die man einem treuen und tapferen Manne zollt. Bewundernswert aber ist es, wie sich dieses Pflichtgefühl nach der Revolution im Jahre 1918 in einer nie geahnten Situation zu einem edlen und feinen Gefühl für das Wahre und Wesentliche entwickelt hat. Man denke die ungeheure Schwere der Frage. Sollte Hindenburg, der in monarchistischen Anschauungen erzogen war, und seinen Dienst im Gehorsam zum Kaiser getan hatte, sich nach der Revolution als feines Zweifels erfinden zurückziehen und sich weigern, seine Dienste der durch die Revolution entstandenen Republik zu leisten? Wie nahe lag es, aus den Anschauungen heraus, in denen er aufgewachsen war und gelebt hatte, so zu verfahren. Daß er in dieser Stunde erkannte, daß höher als die geschriebene Pflicht, die Pflicht gegen seine Traube und sein Volk stand, zeigt die Größe seiner Lebensauffassung.

Ich bin mit Hindenburg unmittelbar nach der Revolution mehrfach zusammengekommen, als ich Oberbürgermeister von Kassel war und auf meine Anregung hin die Oberste Heeresleitung dort ihren Sitz genommen hatte. Ich weiß, daß ihm der Entschluß nicht leicht gefallen ist. Aber ich habe bemerkt, mit welcher höheren Festheit und inneren Sicherheit er den als richtig erkannten Weg verfolgte. So kann nur jemand handeln, der starken Verlangen ist. Der Weg ist ihm damals nicht leicht gemacht worden. Die Anschauungen, die der Soldatentat bei der Obersten Heeresleitung vertrat, nötigten ihn zu mancher Handlung und Duldung, die ein weniger fahsig empfindender Mann als Verletzung seiner Würde empfunden hätte. Er trug sie hoch erhabenen Coups. Ich habe vielleicht einmal auf dem Wunsch des Generalkommandos, des Generals Erbner, in mündlicher Verhandlung zwischen dem Soldatentat und der Obersten Heeresleitung vermitteln müssen und meine Stellung beim Soldatentat dahin benutzt, um den Nachbarn unter ihnen meine Meinung wegen ihres Verhaltens gegen Hindenburg zu sagen. Hindenburg aber blieb von Kleinigkeit unberührt und behielt sein Ziel, das Heer in Ordnung zurückzuführen und dem Volkstücker wieder einzuschließen, unverrückbar im Auge. Es ist ihm gelang. Hindenburg hat seine Autorität damals nicht zu dem Verlande ausgenutzt, das Heer gegen das Volk zu führen, er hat eben so wenig, was fast noch schlimmer gewesen wäre, sich auf den Standpunkt der Vielen gestellt, die sich in seiner Zeit häufig zurückziehen und uns wegen unserer Bemühungen verpönten, das Volk aus eigener Kraft aus den Wirrnissen der Revolution zu neuem verfassungsmäßigem Zustande zu führen. Was wäre über Deutschland gekommen, wenn er damals seine Autorität fahsig eingesetzt hätte? Bürgerkrieg und Chaos.

Hindenburg gehört also zu den Männern, denen es das deutsche Volk verdankt, daß es sich nach kurzer Wirrnisse auf sich selbst besonnen hat. Nur so hat es die Kraft gewonnen, sich an Stelle der alten durch die Geburt gegebenen Führer, die zusammenzubringen oder gelassen waren, kraft eigener Wahl Führer zu geben und mit Autorität zu umkleiden. Hindenburg ist einer der ersten dieser Führer gewesen. Man konnte zweifeln, ob er in hohem Alter und nach 50 Jahren der Ruhe, fern dem Getriebe der Politik, die Kraft haben würde, sich in das neue Rollen und Führen der Nation zu einzufassen, daß er sie in der neuen Richtung vorwärts führen könne. Aber es erwies sich als einer der stärksten Beweise für die Tragkraft der neuen Verfassung, daß sie ihre selbstgewählten Führer in den Dienst ihrer Bestrebungen zu stellen verstand. Es müssen nur Führer von Pflichtbewußtsein und Staatsgesinnung sein. Ebert, der von der Sozialdemokratischen Partei kam, hat um des Staates willen dahin gewirkt, daß uns die privatwirtschaftliche Wirtschaftsordnung erhalten geblieben ist, Hindenburg, der sich seine Anschauungen in einem monarchistischen Heere gebildet hat, wirkt für die Erhaltung der deutschen Republik. Von der hohen Barie eines geläuterten Pflichtbewußtseins erfüllt er seine verfassungsmäßigen Pflichten. Als würdiger Repräsentant deutschen Wesens steht er geliebt von deutschen Völkern, verehrt von der Welt an der Spitze des Reiches, das sich nach Niederlage und Wirrnisse ansah, den ihm gebührenden Platz unter den Völkern einzunehmen. Hindenburgs Umschaffung ist ein neuer Beweis dafür, daß das Volk eine bessere Führerauslese zu treffen weiß als der Zufall der Geburt.

Wir Deutsche ohne Unterscheid der Parteien, Reichstagen und der Klassen, wollen dankbar sein, daß wir einen Hindenburg besitzen.

Flaggt Schwarz-Rot-Gold

Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei erläßt folgenden Aufruf:

„Das deutsche Volk feiert am 2. Oktober den 80. Geburtstag des Reichspräsidenten von Hindenburg. Die deutschen Demokraten ehren den höchsten Repräsentanten der deutschen Nation, das erwählte Oberhaupt der Deutschen Republik, und zeigen an diesem Tage die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold. Schwarz-Rot-Gold ist die Fahne des Reichspräsidenten der Deutschen Republik, unter Schwarz-Rot-Gold wollen wir ihn am 2. Oktober grüßen. Flagen heraus!“

lauter Stimme rief, wann reissen Sie ab, Strohmann? Er hat viel Summe, und auch das ist eine vorbildliche Eigenhaft für Ministerien. Auf den Inhalt des Gesprächs kam es gar nicht an. Die Tatsache genügte. Vermutlich ist verabschiedet worden, aber die Vergangenheit einen Schiler zu denken, den nur die Geistesgaben fehlten. Das würden wir bedauern. Wir haben Gegenwartsaufgaben genug zu lösen und müssen eine bessere Zukunft vorbereiten. Alles andere gehört in ein Museum.

Hindenburg

Wenn Hindenburg am 2. Oktober sein 80. Jahr vollendet, werden sich über die Folgen der deutschen Republik vor ihm zum Gruß. Eigenartig genug ist dieses Menschheitsgefühl gewesen. Der Gardeleutnant aus dem Offiziersgeschlecht, der bei Königgrätz verwundet wurde, als Deutsche gegen Deutsche kämpften, hat bestimmt nicht gedacht, daß er dereinst das Oberhaupt des geeinten deutschen Reiches werden würde, und zwar zu einer Zeit, wo die Bemühungen um Aufbruch des Ostereichs, also die Erfüllung des großdeutschen Gedankens Gemeingut der Völker von der Donau bis zum Rhein sein würden. Das Paul von Beneckendorff und Hindenburg zum Symbol unseres Reiches macht, ist seine Treue. Andere trahnten mit ihr, er behielt sie. Sein Name wird Symbol, als der gewaltige Schlag von Tannenberg den Osten von der verübenden Herrschaft der Russen befreite, als in Mairaux dann dieses Reich seine Krönung erhielt. In Zurücksetzungen hat es ihm nicht gefehlt. Anderthalb Jahre stand er von Truppen umschlossen an der Grenze. Kleinliche Eifersucht hatte das bewirkt. Erst als Rathenau über die räumliche Kriegserklärung kam, wurde er zu spät zum Oberbefehl berufen. Er konnte nur den Kampf vorbereiten, und er wird immer ein Mithrasbild des deutschen Volkes sein, aber fähig zu werden, vermochte er nicht mehr. Nach der Katastrophe hat er die deutschen Völker zurückgeführt. Hat er es ihm höher angerechnet, denn sie war noch nicht vorhanden, sondern dem Chaos, das sich erst gestalten sollte. Dem monarchistischen Gedanken hatte er immer die Treue gehalten, und wir machen ihn seinen Vorwurf daraus. Er soll seine Vergangenheit nicht verleugnen, und es genügt uns, daß er der Gegenwart mit der gleichen Treue diente. Seine Kraft zum Präsidenten ist eine Enttäuschung geworden für Freund und Gegner. Dieser Mann ließ sich nicht mißbrauchen. Die schwarz-rot-goldene Standarte weht auf seinem Palais und die schwarz-rot-goldene Fahnen flattern an seinem Auto. Sein Wort fiel gegen die Republik, die ihn heute mit Ehre ihren treuesten Schutzhüter nennt. So kann sich die Nation erschüttert in Dank und Gruß an ihn vereinen. Sein Wirken ist legendarisch geworden.

Ludendorff

Es ist eigentlich beleidigend, Erich Ludendorff auf derselben Seite wie Hindenburg zu behandeln. Aber man hat stets ihre Namen zusammen genannt, und sie haben Tannenberg gemeinsam geschlagen. Der Vergleich zwischen ihnen drängt von sich selbst auf. Bei der Feier auf dem österrheinischen Kriegsschlachtfeld erschienen sie beide. Aber Ludendorff hatte vorher dem Denkmalformate die Bedingung gestellt, nicht Hindenburg zu begegnen. John Generalis dürfen nicht eingeladen werden, weil er mit ihnen verfeindet ist. An sich wäre ein Abgleich am Platze gewesen, aber man nahm Rücksicht auf den Ort und schickte auch das hinunter. Das er den Reichsanwalt anordnete, übertrug nicht, fehlende Erklärung kam im Akt nicht nachgeholt werden. Seine Frau hielt aus eine Rede und nannte das Denkmal eine fidele Einrichtung. Nach der Form, wie dem Tage der Einweihung. Das ist Richter für ein Komitee, das den Wächter ausgeschaltet und den Bund jüdischer Frontsoldaten damit zur Blöße an der Feier veranlaßt hatte. In Wirklichkeit alles Fingergeschpiel der beiden Ludendorffs, die sich gegenseitig und gegenseitig haben. Diese Ehe ist wirklich harmonisch. Sie beruht auf der gleichen geistigen Grundlage. Das Kapitel interessiert nur noch den Psychiater.

Frauen in Rathenaus Leben

Von Etta Feder-Rohlfhaas.

In diesen Tagen der Erinnerung an den 60-jährigen Walter Rathenau hat eine Frau, Etta Feder-Rohlfhaas, die erste Biographin Rathenaus veröffentlicht. (Walter Rathenau. Sein Leben und Wirken. Carl Neuberger Verlag, Dresden.) Daß eine Frau die erste Biographin Rathenaus ist, ist merkwürdig, und merkwürdig ist auch das frauenamer Leben dieses Mannes. Eine Ausnahme gibt es freilich; die tiefe Liebe, die Mutter und Sohn miteinander verband.

„In jedem Familienkreis ist es in erster Linie die Mutter, die ihm sein Gepräge verleiht. Darum ist es berechtigt, zuerst von der Mutter zu sprechen, auch wenn der Vater noch so genial und bedeutend gewesen ist. Walter Rathenaus Mutter war Frankfurterin, Tochter des Bankiers Nachmann. In ihren Vater dachte sie noch in hohem Alter mit Liebe und Verehrung. Sie erzählte mir, daß er ihr, als sie herangewachsen war, einen Schatz voll Briefe gezeigt habe, die sie alle auf seine Wichtigkeit bezogen und die er, nachdem sie sie gelesen hatte, vernichtet. Von einem befreundeten Waidwälder hatte sie sich die „Leben Regeln der Baumzergeln“ denken lassen, deren höchste war, einer Not abzuweichen, noch ehe sie dem anderen sichtbar wurde. Diese Worte und Hilfsbereitschaft habe er seinem Enkel Walter überreicht. Sie erzählte von ihrer strengeren Mutter, ihren Schwägerinnen, von der pflichterfüllten ersten Erziehung, die sie in ihrem Elternhause erhalten. Nicht nach bestimmten Regeln und zügelhaften Anhalten wurde sie erzogen, sondern das ganze Haus und die Umgebung zwangen, sich ihrem Charakter einzufügen. Vergnügen — auch Gesang — und Musikstudium galt

Der Flagenstreit

Grav Westphal forderte auf, am 80. Geburtstag Hindenburgs nur die schwarz-weiß-rote Flagge zu zeigen. Die deutsche Volkspartei in Berlin hat ja den gleichen irdischen Wunsch geäußert. Um so dringender erforderlich ist es, daß alle Republikanten den Reichspräsidenten durch die Flagge der Republik ehren, der er dient. Bei gutem Willen läßt sich schon mancherlei durchsetzen, man darf sich aber nicht schmalen zurückziehen, sonst überläßt man den anderen das Feld. Einen gewissen Erfolg hat man in Berlin bereits erreicht, der Kaiserhof, der unter den fahrenden Hotels der fahrende war, hielt bei einem Festessen der internationalen Presse die schwarz-rot-goldene Flagge. Man muß offenbar den Leuten immer einige Zeit zum Umlernen lassen.

Der Kampf gegen die Teuerung

Auf der dachigen Zentralsitzung in Freiburg hat der Reichsfinanzminister Dr. Köhler wieder angekündigt, daß die Reichsregierung nach dem 1. Oktober sich sehr energisch gegen Preiserhöhungen wenden wird. Die Volkspartei stimmt gut, aber nicht gläubig. Wir denken an Dr. Hüfner, der mit ähnlichen Versuchen gescheitert ist. Vor allem gibt es gar keine Teuerung in deutschen Ländern. Der vom Reichsamt für Statistik berechnete Index weist jedenfalls nichts davon. Alle Preise steigen, nur bis zu den Edelsteinen ist das noch nicht gedrungen. Allerdings fallen Stahlwerke an, daß das die Hauptbedarfsartikel des deutschen Haushaalts sind. Alle werden dem Reichsamt gegen die Preiserhöhungen, mit einem niedrigen Index aufzuwarten. Dieses es nicht in doppelter Hinsicht verhängnisvoll wäre. Einmal wird dem Auslande eine Kaufkraft der deutschen Mark vorzueinander, die nicht besteht, sodann ist leider der Index die Grundlage für alle Verhandlungen über Gehälter und Löhne.

Deutscher Bauernbund und Reichslandbund

Der Reichslandbund hat durch seinen Vorstand, Grafen Altkreuth, und Direktor Kriegheim, gegen den Schriftleiter des „Kreiszeitungers für den Kreis Jüterbog und Lindenwalde“ Beleidigungsklage angehängt, die nach dem „Berliner Tageblatt“ vor dem Amtsgericht Altkreuth zur Verhandlung anstand. Die Klage nahm Bezug auf mehrere Artikel des „Kreiszeitungers“, in denen dem Reichslandbund vorgeworfen wurde, dem früheren Reichslandtagsmitglied des Deutschen Bauernbundes, Sadowatz, zweifelhafte Organisation dieser Organisation 190 000 Mark, sowie Anstellung als Beamter des Landbundes verschrieben zu haben. In der Verhandlung ergab sich, daß die fraglichen Artikel aus den Aufsätzen des Deutschen Bauernbundes übernommen und ungenügend abgedruckt worden sind. Als Zeugen waren der Landwirt Sadowatz, Major Moes und der Redakteur Herr geladen. Bei der Vernehmung Sadowatzs stellte sich heraus, daß dieser angeblich vollkommene Helfer sei, als Bevollmächtigter des Bauernbundes mit dem Reichslandbund zu verhandeln. Er behauptete, daß der gesamte Vorstand des Deutschen Bauernbundes diese Schritte ungenügend und sich erst im letzten Augenblick zurückgezogen hätte. Zur Bestätigung dieser Behauptungen legte er eine Protokollabschrift vom 23. April 1926 vor. Finanzielle Unterstützung habe er nicht erhalten und auch niemals verlangt.

Major Moes vom Reichslandbund erklärte, daß Sadowatz Ende Januar 1927 im Büro des Landbundes gewesen sei und erklärt hätte, mit einem großen Teil des Bauernbundes zum Landbund übergehen zu wollen, da innerhalb des Deutschen Bauernbundes eine politische Umgestaltung im Auge liege. — Beide Zeugen wurden verurteilt. — Der Zeuge Herr führte dann aus, daß Sadowatz niemals eine Vollmacht zu Verhandlungen mit dem Landbund zum Zwecke einer Überlieferung gehabt hätte. Es fiel auch anzunehmen, daß Sadowatz seinen dem Landbund keine Übertragungen gemacht worden seien, denn Sadowatz habe ihm selbst erklärt, daß er sowohl wie eine Anzahl weiterer ehe-

maliger Angehörten des Bauernbundes unter Verletzung ihres bisherigen Gehalts vertraglich beim Landbund bis Ende 1928 eingestellt worden seien. Auf eine Anzahl ihm Sadowatz erklärt, daß die von ihm gemachte Rede vorpräsentationstreffen gingen und hinzugefügt, „Grav Westphal besaß alles.“ — Das Urteil lautete auf 60 Mark Geldstrafe und Kosten des Verfahrens wegen formaler Fehlbildung.

Ein deutschnationaler Vorsitzende

Mit vor einigen Monaten Gerüchte über Unregelmäßigkeiten in der Geschäftsführung der Stuttgarter Handtammer aufzutauchen, war man in offiziellen Kreisen zu bemüht, die Dinge als harmlos hinzustellen. Immer haben die damals aufgedeckten Tatsachen, die für Handtammer und die Arbeitsgemeinschaft des teurerghäusigen Handwerks unter anderem, genügt, in demmaligen Vorsitzenden, dem deutschnationalen Gemeindevorstand, zur Fortsetzung seiner Amtstätigkeit als Gemeindevorstand zu veranlassen. Gleichzeitig wurden auch die Geschäftsführer der genannten Arbeitsgemeinschaft, die als Kaufmannschaft in Form einer Aktiengesellschaft gegründet wurde, ein Herr Stamm aus dem Orte entfernt. Dem Aktivist des in gewissen Sinne offenbar mit dem Syndikat der Handtammer, Dr. Gerhard, wurde man erst später, überdies hörte man bald davon, daß dieser Beamte fristlos entlassen worden sei. Nach dem Mißbrauch der Gelder der Handtammer konnte genauges nicht in Erfahrung gebracht werden, weshalb sich vor allen Dingen bei dem Handtammer-Vorstand die Aufstellung von ganz erorbitanten Gehaltsverrechnungen, aus Anlaß von Dienstreisen und Leistungen, sowie um eine mehr als fabelhafte Behauptung von Handtammerangehörigen im Zusammenhang Grundstücks- und Hypothekengeschäften gehandelt zu werden. Nach der Nennung eines Handtammerangehörigen wurde auf das bringende Verlangen der Dienststellen sich in der Zwischzeit mit der Sache lebhaft beschäftigt hatte, eine gerichtliche Untersuchung in die Wege zu führen. In Verfolg dieser Untersuchung ist jetzt der frühere stellende Wolf und der frühere Syndikus Dr. Gerhard verhaftet worden.

Die Gemeinden zum Schulgesetz

Anlaßlich der Magdeburger Verhandlungen im Vorstand des Deutschen Städtebundes auch zum Reichsgesetzgebungsstellen genommen. Es wurde eine Kommission von Mitgliedern aufgestellt. Der Vorstand des Deutschen Städtebundes hat mit allergrößtem Nachdruck betont, daß die Organisation des Schulwesens so gehalten werden muß, daß eine tatsächliche Verteilung des Schulwesens in der letzten Zeit gerade den Gemeinden zu verhandeln. Nachstehendes unseres Vorschlagswesens, sowie eine fortgeschrittene Berücksichtigung des Lebens in der Gemeinde werden müssen. Es wurde gefordert, daß die Erfordernisse eines geordneten Schulbetriebes im Schulgesetz vollständig im Einklang mit den Bedürfnissen der Schulverwaltung und den Schulintentionen festgelegt werden müssen. In dem jetzigen Schulgesetz enthaltene Regelung sei ungenügend und unzulässig. Die Rechte der gemeindebündigen Schulverwaltung als der gesetzlichen Vertretung der Gemeinden der Gemeindebürger müssen aus dem Gesetz gegenüber geändert werden. Es wurde daher im Sinne der Deutschen Städtebundes verlangt, daß die zuständigen Verwaltungsorgane der Gemeinden durch das Gesetz maßgeblicher Mitwirkung im Entscheidungsbereich der Schulverwaltung berufen werden. Auch den Gemeinden als solche mußte reichsgesetzlich das Recht zur Einsetzung der in der Angelegenheit der Schulverwaltung im veramtungswesenlichen Verfahren zugestimmt werden, insbesondere wenn eine Zulassung von Antragsgeldern gegen den Willen der Gemeinden ausgesprochen werden sollte.

als solches — gab es erst, wenn alle Hausarbeit des Tages aufs genaueste geleistet war. — Die Gespräche mit Walter Rathenaus Mutter zeigten noch in ihrem hohen Alter für ihren vielseitigen, stets beschäftigten Geist, für ihre gründliche Bildung und ihr ungewöhnliches Wissen. Ihre psychologischen Bemerkungen über den männlichen Charakter und Maturität. Dabei war sie von einer Willensstärke und Weisheit, die in Gegensatz zu ihrem starken lebensfrohen Temperament standen.

Walter Rathenau war schon als kleines Kind durch sie in sich beruhend. Die Mutter hing besonders an dem ältesten Sohn, wie die meisten Mütter, denen durch das erste Kind das Wunder der Muttergibt sich offenbart. Sie bemühte sich, den Knaben zu erziehen, nicht durch Schläge, die sie als Erziehungsmittel überhaupt ablehnte, aber sie wollte, wie es ihrem Verstand entsprach, ihn gegenüber aktiv sein, nicht der Entwicklung überlassen zu sehen. Doch war er ihren Erziehungsversuchen unzugänglich und den kleinen Strafen, die sie wegen gelegentlicher Unarten über ihn verhängte, legte er eine lächelnde Gelassenheit entgegen, die die Strafe in sich aufhob. Die Mutter stellte ihn in die Ecke, und dort blieb er better lächelnd und gänzlich unbeeinträchtigt ohne Trug, bis sie ihn aus einem zündenden Grund, wie die Heiligkeit des Wortes über das abendliche Schlafengehen, hervorbringen mußte. Dann kam er better und lebendiger, ohne Trug, aber auch ohne jede Bekümmern, und sie sah ein, wie zweifelslos das Strafen gewesen war.

Als Walter Rathenau dem Drängen der Mutter nachgab und das Musikstudium des Knaben abwarf, hatte er sich gefreut, seine alte Mutter mit dieser Freiheit zu erfreuen und aufzuwecken. Als die Verhandlungen so weit gediehen waren, daß er sich entscheiden mußte, und er sich zum „Ja“ entschieden hatte, erlaube seine Mutter

die Nachricht aus der Zeitung, die der Sohn ihr selbst zuteilen vermied hatte. Als Rathenau zum Mutter kam, soßen sie einander gegenüber und lachten an ihrem Eifer bis er endlich die Mutter fragte: „Walter, warum hast mir das angetan?“ Und er antwortete: „Mama, ich es ja, weil sie keinen anderen gefunden haben.“ Es ist nichts weiter darüber gesprochen an diesem Tage. So ist die Behauptung irig sein, daß Rathenau sich zu dem unterworfen gebügend habe; er ließ sich vielmehr erheben und ungenügend finden.“

Und noch von einer seltenen und tapferen Frau rühmt Etta Feder-Rohlfhaas: „Die Schmäbische, die Rathenau immer mehr. Je weniger er sich von ihnen schickern ließ, je gleichmütiger und unerschrockener er sich verhielt, desto besser wurde gegen ihn getrieben und geholt. Die „Heldentau“, — eine glatte und glatte Frau aus dem Volke, deren wahren Namen Rathenau erfahren hat — von der er schon den Namen und Gebärde erhalten hatte, und die ihm sehr ergeben wurde auch von dem höchsten Rathenau und Besorgnis über ein ihm als Pflichten ein einlames Häufchen an dem, in dem er Sicherheit finden konnte. Es war eine Legende, daß diese unbestimmte Frau aus der Hand Rathenaus schämen, ihm eine Zukunft öffnen wollte. Aber er machte stattdessen seinen Geist vor diesem Unbestimmten unbestimmten, trugestricheltem. Er vertrat den Standpunkt, daß er in dieses Reich, sondern nur im höchsten Sinne seine Pflicht erfüllen und darum meinte er, daß auch ihm niemand etwas an werden. Und dann — wenn sie mir das Leben noch sie nehmen mir nicht viel“, hatte er schon vor Kaiser Wilhelm Schwärmer geschrieben.

Nöte und Hoffnungen des Handwerks

Das deutsche Handwerk lebt und wird weiter leben

Von Ferdinand Hoff, M. d. L.

Anlässlich des Schleswig-Holsteinischen Handwerktages in Kiel hat der demokratische Landtagsabgeordnete Hoff folgende Ausführungen über das deutsche Handwerk, seine Aufgaben, Nöte und Hoffnungen in der „Kieler Zeitung“ veröffentlicht:

Es ist dem deutschen Handwerk der Untergang drohend worden. Großkapital und Maschinen sollten ihm egal oder lieber den Garaus machen. Zum Glück besaßen die Berufstätigen der letzten Jahrzehnte das Gefühl. Auf Grund der letzten Verfassungskonvention kommt erneut Sombart zu folgendem Ergebnis:

Trotz aller kapitalistischen Entwicklung ist nach den neuesten statistischen Feststellungen noch beinahe die Hälfte sämtlicher im Gewerbe (d. h. in Industrie, Handel und Gewerbe mit Ausnahme der Landwirtschaft) erwerbstätigen Personen handwerksmäßig beschäftigt.

Ammer noch sind in Deutschland etwa 1.200.000 selbständige Handwerksbetriebe vorhanden, die mit ihren Angehörigen, ihren Gesellen, Lehrlingen und sonstigen Hilfskräften einen aus zahlenmäßig sehr wesentlichen Bestandteil des deutschen Volkes ausmachen. Die Voraussage des Untergangs des Mittelstandes und damit des Handwerks — des Kerns und Hauptstüdes der marxistischen Theorie — an den Zeichen gescheitert. Das vielgestaltige Wirtschaftsleben mit seinen mannigfachen Aufgaben und Befähigungen läßt sich nicht in ein Schema und eine Formel fassen!

Das deutsche Handwerk lebt und wird weiter leben! Es ist gut, daß dem so ist. Mittelstand und Handwerk sind auch jetzt noch in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht einen so wesentlichen, lebenswichtigen Bestandteil des deutschen Volkes, daß sein Untergang über die nur sein wirtschaftlicher Wert einer nationalen Katastrophe gleichkommen würde. Mit Recht bestimmt daher Art. 164 der Weimarer Verfassung, daß der selbständige Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel in Erzeugung und Verwaltung zu fördern und gegen Überwältigung und Ausnutzung zu schützen sei.

Weshalb hat das Zerkleineren des Großkapitals und der kleinen das Ansehen des Handwerks stark verändert. Die kleinen Handwerksbetriebe sind verdrängt oder doch stark zurückgefallen. Dafür aber hat die neue Zeit mit ihren Neuerungen wieder andere früher völlig unbenutzte Handlanger ins Leben gerufen, z. B. die Zentralisation für Kraft, elektrisches Licht, und elektrische Anlagen, Heizung und neuerdings das Radio. So zeigt sich auch hier ein neues Gefüge, und die Vorteile für das Handwerk besitzen in der heutigen Zeit, Betriebs- und Kreditgenossenschaften, für die der Werkstoff die ideale, in der kleinindustriellen Wirtschaft erscheinende Stoffquelle darstellt, ermöglichen dem Handwerk, der Konkurrenz der Großbetriebe mit seinen eigenen Arbeitsmethoden zu begegnen. Und es ist ein Beweis für die Widerstandsfähigkeit des deutschen Handwerks, daß es hier erfolgreich zu Selbsthilfe gegriffen hat.

Die weitestgehende Stärke des Handwerks aber liegt auf dem Gebiet der Verdrängung individueller Bedürfnisse, durch fortschrittliche Massenproduktion nicht gedeckt werden können. Wie die gesamte deutsche Volkswirtschaft sich immer mehr der Weltwirtschaft nur durch die Güte, die Qualität und die Zuverlässigkeit durchsetzen kann, so wird auch die Zukunft weiterer Zwecke des Handwerks auf dem Gebiet der Qualitätsarbeit und der handwerklichen Kunst liegen. Gute Qualität der Arbeit aber ist ohne gute Mittel der Arbeitskräfte nicht erreichbar. Das hat auch das deutsche Handwerk erkannt, indem es eifrig daran arbeitet, die Meisterlehre durch Fortbildungs- und Fachschulen zu ergänzen und zu bereichern. Auf dem Gebiet der Weiterbildung, die ohne die Grundlage einer guten Volksschulung nicht möglich ist, hatte Deutschland vor dem Krieg eine ausgesprochene Führung. Erweislich ist, daß die Zeit der Nachkriegszeit, das Weiterleben auf diesem Gebiet zu unterbinden. Zu seiner Zeit ist an der Ausgestaltung unserer Fortbildungs- und Fachschulwesens — erstlich konsequenter — besonders auch in Preußen — gearbeitet worden wie in den folgenden Jahren nach dem Krieg. Es öffnet eine freundliche Aussicht in die Zukunft. Es kann man sich nachmachen: Einrichtungen, wirtschaftliche Leitung, nicht aber die große Zahl hochqualifizierter Vor- und Facharbeiter, die nur in jahreslangen Lehrlingsarbeiten herangezogen werden kann. Wehrt Deutschland auf diesem Gebiet die Führung, so braucht uns die Zukunft der deutschen Volkswirtschaft und damit auch des deutschen Handwerks nicht bange zu sein.

Ein besonders wichtiger Zweig handwerklicher Leistung, der der industriemässigen Konkurrenz kaum zugänglich ist, ist das Baugewerbe, das zugleich als Schlüsselgewerbe das ganze wirtschaftliche Leben anzuregen und zu unterstützen geeignet ist. Vor dem Krieg wurden als neuer Bedarf 200.000 Wohnungen auf freiem Markte neu gebaut. Wir in Kiel wissen aus der Kriegszeit, was die Häuser des Baugewerbes für das ganze Gemeinwesen bedeutet. Als eine der schlimmsten Kriegsverbrechen anzusehen, daß die fürstbarsten aller Nöte, die Wohnungsnot, mit einem völligen Verfall des Mietrechts einhergeht. Trotz aller Inzulänglichkeiten im ganzen wird es ein Ehrenritzel des neuen Preußens sein, daß in den letzten Jahren nach Beendigung des Krieges reichlich eine Million Wohnungen — größtenteils mit Staatshilfe — errichtet werden konnten. Das war zugleich die wirksamste Hilfe, welche man handwerklichen dem darniederliegenden Baugewerbe angedeihen lassen konnte.

Zu dem Handwerk hat die Privatwirtschaft, die auf Initiative, eigene Tätigkeit, eigene Verantwortlichkeit

teilt gegründet ist, ihren ausgeprägtesten und vornehmsten Vertreter. Das Element dieser individuellen Wirtschaft ist die Freiheit! Gebieten kann sie nur, wenn sie vor unantworbener Konkurrenz (Berufsgenossen, staatliche und kommunale Betriebe) geschützt, durch geeignete Kreditinstitute gefördert und vor unerträglichen Steuerbrüden bewahrt wird. Das Schmerzgefühl des Handwerkes wie des Mittelstandes ist die Gewerbesteuer. Als im vorigen Jahre die Nachschüsse für das Jahr 1925 mit den hohen Steuerbeträgen des Jahres 1926 zusammenfielen, ging eine starke berechtigende Bewegung durch den gesamten Mittelstand. Inzwischen ist durch die in Preußen durchgeführte Staffelung der Gewerbesteuer eine nicht unwesentliche Erleichterung für den Klein- und Mittelstand eingetreten. Wünsche und Hoffnungen kann man nur, daß durch die geplante Rahmengesetzgebung des Reiches in Verbindung mit dem Finanzausgleich auf die Dauer tragbare Verhältnisse geschaffen werden.

Stärker soll noch als durch den leider unvermeidlichen Steuerdruck fühlte sich das Handwerk und der gesamte Mittelstand durch die kartelle und Kartelle bedroht, die sich mit Hilfe der Großbanken anbahnen, ein heftig losloses Monopol aufzurichten und Handwerker und Kaufleute in den Bereich und in der Preisbildung unter ihre Botmäßigkeit zu bringen. Mit Recht führte Generalsekretär Dr. Meißner-Hannover kürzlich auf einer Handwerkerkonferenz aus:

„Man hat im Handwerk seit Veränderten dafür, daß Großindustrie und Großhandel den Grundriss der freien Wirtschaft zwar dem Staate gegenüber mit aller Schärfe vertreten, aber innerhalb der Wirtschaft selbst durch das Übergehende ihrer kartellierten und konzentrierten Gütererzeugung und ihres ebenso kartellierten Güterabgabes die im

Wirtschaftsprozess an letzter Stelle stehenden Erwerbsgruppen tatsächlich unterdrücken.“

Hier liegt ein schwerer Krebsgeschaden, eine schwere Gefahr für den Mittelstand und das Handwerk vor, an der die Gesetzgebung nicht achtlos vorbeigehen darf.

Im ganzen aber werden Mittelstand und Handwerk mit allen anderen Erwerbsgruppen der Überzeugung sein, daß das Gebieten der einzelnen Berufsstände ohne das Gebieten der gesamten deutschen Volkswirtschaft eine Unmöglichkeit ist. Innerhalb eines allgemeinen wirtschaftlichen Chaos läßt sich für einzelne Erwerbsgruppen keine Dase erlösen. Legen Endes bilden wir alle: Landwirtschaft, Mittelstand, Arbeiter, Angeleitete, Beamte eine Schicksalsgemeinschaft. Unser überdillertes Vaterland kann ohne den Anstaus unserer Erzeugnisse auf dem Weltmarkt nicht leben und gedeihen. Diese aber hat die Befriedigung der Welt und eine unseren Bedürfnissen entsprechende Wirtschaft und Handelspolitik zur unmittelbaren Voraussetzung. Mühe und Streitigkeit im Innern, Erhaltung und Festigung des bestehenden Staatsform, Feste und Vertrauen nach außen, sind die Grundlagen, auf denen allein sich die deutsche Wirtschaft und damit die deutsche Volkswirtschaft und Zukunft aufbauen kann. Wenn wir hier alle an einem Strang ziehen, dann es nicht fehlen. In diesem Sinne stelle ich an den Schluß meine Ausführungen ein Wort, das Dr. Meißner in der erwähnten Handwerker-Versammlung ausgesprochen hat:

Wir können mit gutem Gewissen unserem Stande den Glaube geben, daß das Schicksal uns an der Erschütterung der Kriegs- und Nachkriegszeit überstanden ist, daß es auch weiterhin besser werden wird, wenn wir nur den Glauben an uns selbst und an unsere gute Sache nicht verlieren.“

Das deutsche Handwerk lebt und wird weiter leben um des deutschen Volkes willen!

Das preußische Kompromiß

Von Oberstudiendirektor Dr. Bohner, M. d. L.

Die Einheit der deutschen Schule und die Staatshoheit über die Schule sind in Artikel 146 der Deutschen Reichsverfassung grundmäßig ausgehoben, indem dem Erziehungsberufen Sonderschulen ihres Belustimmtes oder ihrer Bestimmung auf öffentliche Kosten auf ihren Wunsch zugelassen werden. Diese Reichsverfassung sucht im ersten Teil des Artikels 146 die gemeinsame Schule und die alleinige staatliche Hoheit über zu behaupten. Daß dieser Artikel wegen seines inneren Widerspruches im Grunde undurchführbar ist, ist unter Schul- und Verwaltungsmännern kein Geheimnis. Daß es also nur den Weg gibt, entweder an Artikel 146 vorbei ohne öffentliche Sonderschulen das Schulwesen aufzubauen oder neue Kompromisse zu schließen, ist ebenso selbstverständlich. Der Reichsstaatsrat hat sich dem Ziel hat den Versuch unternommen, ein solches Kompromiß zu finden. Er hat sich dabei nicht auf eine Grundgesetzgebung beschränkt, sondern in Einzelbestimmungen, z. B. die Zahl der Erziehungsberufen, denen die Sonderschulen eingeweiht werden muß, über den inneren Charakter dieser Sonderschulen, besonders den Belustimmten, festzusetzen versucht. Diese Überforderung der Grundgesetzgebung mußte für die Länder unerträglich sein. Die größte deutsche Unterrichtsverwaltung, die preussische mit ihrer reichlichen Erfahrung, hat dazu bei der Vorarbeit für den Entwurf überhand nicht herangezogen worden. Man durfte auf die preussische Kritik, wie sie jetzt in den preussischen Vorschlägen anträgen für den Reichstag vorliegt, besonders gespannt sein. Zweifel war von einer Regierung, in der das Zentrum gleichberechtigt mit anderen Parteien sitzt, nicht zu erwarten. Es muß aber mit klarem Verstand ausgeprochen werden, daß die preussischen Vorschläge nicht genügen, daß dieses Kompromiß, auch wenn es eine Milderung des Schulwesens in vielen Einzelheiten darstellt, immer noch für die Schule unerträgliche Zustände schafft.

Die Verdrängung der gemeinsamen Schule, also der einzigen Schule, die der Staat und nicht die Erziehungsberechtigten einrichten, ist nicht gewohnt, denn auch Preußen will den drei Schulformen im Rahmen des Gesetzes freie Entwicklungsmöglichkeit geben. Wohl wird beantragt, daß von Amts wegen einzurichtende neue Schulen zunächst Gemeinschaftsschulen sind. Auch die übrigen, heute bestehende evangelischen, katholischen, jüdischen, Volksschulen, Sammelklassen sollen u. U. Gemeinschaftsschulen werden. — Aber das Verdrängungsbestreben, das für diese Schulen eintritt und immer noch die Mehrzahl der preussischen Schulen zu Sonderformen machen könnte, bringt nicht die Sicherung der Gemeinschaftsschule durch eine Zweidrittelmehrheit. Immer noch kann die einfache Mehrheit der Erziehungsberufen eine solche Schule zur Belustimmungsschule stempeln oder zu dem entsprechenden Typ der Belustimmungsschule. Verdrängungswillig wird sich auswirken, daß die Bereinerung des Charakters der Belustimmungsschulen in das Belustimmungsmäßige, wonach der ganze Unterricht sich der Eigenart der Schule auch in den weltlichen Fächern anzupassen hat, von der preussischen Regierung selbstenlassen würde. Damit bestimmt über den Unterricht dieser Schulen die Religionsgemeinschaft. Wir haben also die angebotene Staatschule mit der bestmöglichen religiösen Aufsicht. Stehen gelassen ist auch der Sitz mit Stimme der Geistlichen der Religionsgemeinschaft an den Schulen, an welchen Religionsunterricht oberbischöflich befehligt ist. Das unwiderrücklich sind auch die Bestimmungen über den Religionsunterricht beibehalten. Eine gewisse Sauerkeit ist nur darin erreicht, daß die zur Einführung von den Religionsgesellschaften vorgeschlagenen nicht mehr vom Staat bestellt werden, sondern die Verantwortung für die Sache der Religionsgesellschaften ist. Aber das Recht zur Einführung erhalten sie, so daß man sich fragen muß, warum denn der Staat den staatlichen Charakter dieses Unterrichtes behauptet und für die Verantwortung noch zeichnet. Preußen beantragt, auch Frankfurt a. M. und Hannover zu den besonders

zu schützenden Einmischungsgeboten hinzuzufügen. Aber die Preisgabe der Simultanhoheit auch in diesen Gebieten, in dem noch fünf Jahren das Reichsstaatsrat auch für sie Geltung bekommt, so daß auch dort die Belustimmten einberufen werden können, eine Preisgabe, wie sie durch die 2. Hälfte des Artikels 147 der Reichsverfassung verhindert werden sollte, macht Preußen mit. Das einzige, was man unangehörig ist über die preussischen Anträge freuen darf, ist der Schutz des geordneten Schulbetriebs, indem erstlich Preußen dies den Landesbestimmungen überlassen will, und indem es mit Nachdruck die Sicherung des geordneten Schulbetriebs, das soll wohl heißen der bestehende Höhe der Schulgliederung, auch für die verdrängende wie für die neu einzurichtende Schule fordert.

Weshalb bleibt aber auch nach den preussischen Vorschlägen die Auslieferung der Schule an die Erziehungsberufen. Weshalb bleibt die Verdrängung der vorhandenen Schulen. Wir werden in Deutschland verdrängt, mit anderen Worten ausgebildet und darum Leistungs-schwache Schullehrer erhalten und ein Wüsten der Bildung erleben. Und wir werden diese Wüsten der öffentlichen Bildung bezahlen müssen mit einem erheblichen Mehraufwand, aber den ich auch die preussische Regierung einschließlich der Zentrumsmittler völlig klar ist — denn sie verlangt die Übernahme der Kosten aus dem Reich. In den preussischen Anträgen ist so wenig wie im Reichsstaatsrat die Rede von dem Lehrer, durch dessen freie Arbeit allein die Schule hochgebracht werden kann, der aber heute durch die Förderung der Belustimmungsmöglichkeiten Ausgestaltung des gesamten weltlichen Unterrichtes in unsere Unterwelt und Verdrängung hineingeworfen wird. Die Frage ist also nicht, ob das man heute über das Schicksal der deutschen Schule berührt sein könnte, sondern auch nach dem preussischen Kompromiß wird die Lösung nur seinen können Kampf gegen diesen Entwurf.

Weshalb die Schicksale der preussischen Anträge sehr werden? Es ist schämlich, daß man sogar beweiheilt muß, ob selbst diese geringen Zugeständnisse an die Schulnötendigkeiten eine Mehrheit im Reichstag finden. Wird im wesentlichen von der Entscheidung in Sachsen und Thüringen abhängen. Sollten sie eine Mehrheit finden, so wäre wenigstens eine zweite Beratung neben dem Regierungsrat Kundell von der Reichsregierung beim Reichstag einzubringen, was eine geringe Erleichterung für die Gegner des amtlichen Entwurfs bedeuten würde, aber immer noch nicht ihren Sieg. Und bestehen wird weiter die bittere Klage wirklicher Schullehrer, daß man politischen Ziele wegen die deutsche Schule opfert. Das deutsche Volk wird sich dann eben gedulden müssen, seine Bildung auf allen den Gebieten zu suchen, auf deren Fortschrittliche Aufstellung nicht einmal die hitzigen Kreise um den Abgeordneten Mumm bis jetzt verfallen sind. Zum Glück gibt es auch davon noch ein gutes Teil.

Rechtsangleichung

Zwischen Deutschland und Österreich.

Die praktische Anknüpfungspolitik geht vorwärts, wenn auch weniger in Anknüpfungsbereitungen getan wird. Diese mögen immer noch eine Reaktion jenseits des Rheins hervorbringen, die Rechtsangleichung, die jetzt durch gleichzeitige Beratung des deutschen und des österreichischen Staatsrats in Berlin und Wien getrieben werden soll, kann nicht verhindert werden. In Österreich ist man bereits bei der ersten Beratung im Nationalrat, während der deutsche Reichstagsausschuß sich gerade an die Dinge heranmacht. Der Vorsitzende des Ausschusses, Professor Dr. Kasl, ist so optimistisch, zu glauben, daß der Ausschuss bis zum Ende des Jahres die Materie geprüft haben wird. Dann findet eine eingehende Vorarbeiten zum Abschluß.

Streiflichter aus Dem Stadtparlament

Enttäuschung unter der Beamtenschaft — Die verwässerte Beamtensbesoldungsreform
Keine Deckung für die neuen Ausgaben — Das Hammelrennen um die Ange-
stelltschaft — Die Kulturpolitik der Rechtsparteiler — Bürgermeister Pauls
Abschied

Magdeburg, 30. September.

Die Freude unter der Beamtenschaft über die Besoldungs-
erhöhung, die der Reichsfinanzminister Dr. Köhler
auf der Mitteldeutschen Beamtentagung in Magdeburg am
12. September ankündigte, hat schon längst einer tiefen Ent-
täuschung Platz gemacht. Nach den Erklärungen des Reichs-
finanzministers sollten sich die Erhöhungen zwischen 18
und 33 Prozent bewegen. Die unmittelbar darauf bekannt-
gewordene Verordnung der Gewerben ließ aber erkennen,
daß die tatsächliche Erhöhung von diesen Sätzen weit ent-
fernt bleibt. Im besten Falle werden es acht bis zwölf
Prozent sein, um die die Gehälter der Beamten aufgebessert
werden. Die Besoldungserhöhung bleibt also weit hinter
den Sätzen zurück, die der Vorgänger Dr. Köhlers, im
Reichsfinanzamt, der Demokrat Reinhold, in Aussicht
genommen hatte. Reinhold kam lieber nicht dazu, seine
Besoldungsreform zu verwirklichen, die den Beamten schon
längst eine wirkliche Befreiung ihrer wirtschaftlichen Lage
gebracht hätte, zu einer Zeit, da die Loerung noch nicht
seine Höhe erreicht hat, die sie heute aufweist, da die
von Volksparteilern und Deutschnationalen provozierte Re-
sierungskrise das Radruert hat. Die Besoldungsreform kommt
in dieser Besoldungsreform, deren Schluß durch das noch
nicht sicher ist, erneut zum Ausdruck.

Auch in der Stadtverordnetenversammlung am Don-
nerstag gab es eine Debatte über die Beamtens-
besoldungsreform, und zwar gelegentlich der Mittel-
teilung des Magistrats über die in Aussicht genommene Jah-
rung von Vorarbeiten an die städtischen Beam-
ten im Rahmen der vom Reich und den Ländern getroffenen
Maßnahmen. Stadtverordneter Schüler, der für die
demokratische Fraktion sprach, führte dabei aus, daß sich
der Reichsfinanzminister seine Aufgabe außerordentlich
leicht gemacht und bei seiner Rede vor den Mitteldeutschen
Beamten mit Zahlen aufgewartet habe, die einer näheren
Nachprüfung nicht standhalten können. In einem einzigen
Falle werde die Erhöhung der Gehälter die von Dr. Köhler
angegebenen Prozentsätze erreichen. Der Reichsfinanz-
minister lege den Städten auf, ihren Beamten höhere Ge-
hälter zu zahlen, wozu sie sich aber, ihnen die Mittel zu ge-
währen, mit deren Hilfe sie die neuen ganz bedeutenden
Aufwendungen bestreiten können. Die Deckung der Aus-
gaben soll nach dem Willen des Reichsfinanzministers durch
Ersparnisse erfolgen. Aus den Etatsberatungen werde
aber noch in Erinnerung sein, daß die Ausgaben in den
einzelnen Zweigen der städtischen Verwaltung auf ein Mini-
mum zusammengefaßt worden sind. Neue Steuererhöhungen
habe aber die Wirtschaft heute nicht tragen. Die Länder
und die Kommunen müßten gemeinsam den Reichsfinanz-
minister auf die Unausführbarkeit seiner Vorschläge auf-
merksam machen und höhere Steuererhöhungen fordern.
Stadtverordneter Schüler kam in diesem Zusammenhange
auch auf die Unterbindung der Anteilsverhandlungen der

Stadt durch den Reichsfinanzminister zu sprechen. Die vom
Reichsfinanzminister beliebte Auslegung des Begriffs
„produktive Ernte“ sei für die kommunale Wirtschaft nicht
anwendbar.

Stadt Rat Sandersberg, der neue Finanzdecretent, be-
stätigte, daß ungenügend noch keine Deckung für die neuen
Ausgaben infolge der Besoldungserhöhungen vorhanden sei.
Der Magistrat werde zwar versuchen, Ersparnisse im Lau-
fenden Etat zu erzielen, es ist aber sehr zweifelhaft, ob
dies so weit möglich sein wird, daß neue Steuererhöhungen
vermieden werden können. Die genaue Höhe der Auf-
wendungen liegt zudem noch gar nicht fest, da ja der
Reichstag zu der Frage der Besoldungsreform noch keine
Stellung genommen hat.

Es zeigt sich hier wieder einmal das alte Spiel, daß
von höchster Stelle beim Eintritt in die Regierung feier-
lich versichert wird, jetzt werde endlich Ordnung in die
öffentlichen Finanzen gebracht werden; es gebe von nun
an keine Ausgabe mehr, wenn nicht Deckung vorhanden ist
und daß ein „scharfes Auge“ darauf geschichtet sein werde,
daß die Kommunen nach den gleichen Grundätzen ver-
fahren. Wer veranlaßt heute die Gemeinden, Millionen-
ausgaben zu beschließen, ohne daß sie wissen, wie sie
dafür die Deckung beschaffen sollen? Diese Tatsachen beweisen
auf neue, wozu geringer Wert den Erklärungen der heuti-
gen Rechtsregierung beizulegen ist.

Daß die Rechtsparteiler gelegentlich auch einmal ihr
„warmes Herz“ für die Angestellten und Arbeiter ent-
decken und dann schließlich diese Realität der Essentia-
keit präsentieren, haben wir dann und wann bemerken
können. Hier wurde dann dieses Vorkommnis gebührend be-
kannt. Auch am Donnerstag ereignete sich so ein seltener
Fall. Die demokratische Gruppe in der Stadtverordnetenver-
sammlung hat schon seit Jahr und Tag darauf hingewirkt,
daß den aus den städtischen Diensten wegen Arbeitsunfähig-
keit oder wegen Alters auscheidenden Angestellten ein
Ruhegeld gewährt werde, was das schon bei den städtischen
Arbeitern geschieht. Als der Magistrat nun eine neue
Ruhegeldordnung für die städtischen Arbeiter
einbrachte, der ihnen einen Rechtsanspruch widerlegen sollte,
brachten sie am Donnerstag folgenden Antrag ein:

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magi-
strat:

1. um beschleunigte Vorlage einer Ruhegeldordnung
für Angestellte;
2. um Gewährung von angemessenen Unterzahlungen
an solche Angestellte, die bis zum Austritt aus der
Ruhegeldordnung infolge vorgerückten Alters
oder wegen Berufsunfähigkeit aus dem städtischen
Dienst ausscheiden, sowie um Gewährung von Un-
terzahlungen für die Hinterbliebenen der An-
gestellten, die inzwischen verstorben sind.

Stadtverordneter Hoffberg, der die Interessen der
gestellten im Stadtparlament schon seit Jahren mit Sorg-
und Energie vertritt, übernahm es, im Auftrag der
mokratischen Fraktion den Antrag, der durch seine
form schon für sich selbst sprach, zu begründen. Er
ledigte sich auch diesmal in sehr geschickter Weise seiner
gabe, so daß selbst den Rechtsparteilern die Notwendig-
keit einer solchen Einrichtung einleuchtete. Die Annahme
naheliegen sollen, daß sich aus dieser Erkenntnis
entsprechende Maßnahmen für den demokratischen Unter-
nehmen. Wer diese Hoffnung hegte, kennt die Meinung
unserer Rechtsparteiler schlecht. Sie veranfaßten
einmal ein kleines Hammelrennen, wie einer der ihre
Stadtverordnete Küstermann, einmal sehr treffend
Wettlauf um die Gunst der Massen charakterisierte
Sprecher der Rechtsparteiler, Stadtverordneter He-
brachte schließlich auch einen Antrag ein, der auf die
daselbe verlangte, in Wirklichkeit aber nur eine Ver-
bung der Ruhegeldordnung der städtischen Arbeiter bezog.
Etwas anderes konnte man schließlich auch von der
den Rechtsparteiler, in der Stadt Rat, einer der stärk-
sten Gegner der Arbeiter- und Angestelltenbewegung
führenden, einflußreiche Stellung einnimmt, auch nicht
wären. Ammerlin hatten sie doch zum Scheine ver-
ein „warmes Herz“ für die Angestellten herauszu-
Das Trügerische dieses Scheins erkannte aber die
sammlung — selbstverständlich mit Ausnahme der
die es ja auch gar nicht notwendig haben, für Ange-
und Arbeiter einzutreten — und lehnte den Antrag
Rechtsparteiler ab. Der demokratische Antrag wurde
genommen, nachdem Oberbürgermeister Welms versichert
daß es durchaus in der Absicht des Magistrats liege
die städtischen Angestellten ebenfalls eine Ruhe-
geldung zu schaffen, durch die für ihr Alter gegen die

Als und zu gefallen sich Rechtsparteiler und Wähler,
auch in der Rolle von Kulturpolitikern. Viel Glück
bei ihrem Auftreten auf dem ihnen ungewohnten
noch nicht gehabt. Dem Stadtverordneten Küstermann
dem Stadtverordneten Mann erging es auch diesmal
anders als sie die Einrichtung der Ruhegeldung
bekämpften, die den von der Volkspartei kommenden
Schülern die Möglichkeit des Besuchs einer Höheren
Schule eröffnen soll. Stadtverordneter Küstermann
sich wie ein Mal, um seine Gegnerschaft gegen die An-
schule, die in erster Linie den Minderbemittelten zu
hat, zu bemerken. Als schweres Argument führte er
schließlich die Kostenfrage ins Feld.

8000 bis 10 000 Mark wird die Stadt im kommenden
Schuljahr für die erste Klasse der Aufbauschule aufzuwenden
haben. Diesen Betrag hält Stadtverordneter Küstermann
unerlässlich, obwohl ihm doch bekannt sein muß,
daß von seinen parteipolitischen Freunden verteilte
delliche Reichsschulgeheimtür unter ganzes Volk
wessen verschlagen und Magdeburg Millionenlasten für
Errichtung von Sonderschulen für die einzelnen Reichs-
gemeinschaften auferlegen würde. Uns ist noch nicht
kannt geworden, daß sich Küstermann, der als Schulsch-
doch die Gefahr, die unserem Schulwesen und dem
schulgeheimtür droht, erkennen müßte, seine Parteifre-

Für den Herbst

Für Herren:
Ulster
mit Rückengurt und Falten
M. 27.- 33.- 39.- 45.- 52.- 60.-
M. 70.- 80.- 92.- 98.- 110.-
Modell-Ulster
M. 128.- 140.- 160.- 175.- 190.-
Paletots
schwarz und marengo mit Sammetragen
M. 36.- 48.- 56.- 65.- 75.- 90.-
Gehrock-Paletots
M. 52.- 70.- 80.- 90.- 100.- 118.-
Sakko-Anzüge
M. 33.- 45.- 52.- 60.- 70.- 80.-
M. 90.- 98.- 106.- 118.- 124.- 130.-

Pullover von M. 9.50 an

Das höchste Ziel
wie bisher auch in unseren neu vergrößerten
Räumen ist:
Stets **Das Neueste**
Stets **Das Preiswerteste**
Stets **Das Beste**
zu bieten.
Unsere Läger
sind angefüllt und übersteigen an Auswahl das
bisher Gebotene. Beim Besuche unseres Hauses
gewinnen Sie wiederum die Überzeugung:
Esders-Kleidung
ist und bleibt
Preiswert — Praktisch — Elegant

Hosen:
gestreift . . . M. 4.90 6.50 8.- 12.- 15.- 18.- 22.-
Breeches . . . M. 6.50 8.50 10.- 12.- 15.- 18.- 21.-
Knickerbocker M. 10.- 12.- 15.- 18.- 21.- 25.-

Für Knaben und Junglinge:
Ulster
mit Rückengurt und Falte
M. 9.- 12.- 15.- 18.- 22.- 26.-
M. 24.- 30.- 36.- 42.- 50.- 60.-
Kieler Mäntel
M. 7.- 10.- 14.- 18.- 23.- 27.- 30.-
Burschen-Anzüge
M. 24.- 30.- 36.- 42.- 48.- 56.-
Knaben-Sport-Anzüge
M. 14.- 20.- 27.- 32.- 36.- 45.-
Jünger-Sport-Anzüge
M. 24.- 30.- 35.- 42.- 48.- 54.-
Kieler Anzüge
M. 9.- 15.- 20.- 25.- 32.- 36.-

Oberhemden . . . von M. 3.95 an



ERSTES UND GRÖSSTES HERRENKLEIDUNGSHAUS AM PLATZE
MAGDEBURG BREITER WEG 45/47

barbar angefaßt und sie zu einem nachdrücklichen Einspruch veranlaßt hätte.

Auf die Ausführungen des bittlichen Redners gegen die Aufnahmehinzuweisen, lobt sich nicht. Stadtvorordnete Schulze wies den seichten Schwärmer energisch in seine Schranken zurück und verstand es, den faktuellen Wert der Aufnahmehinzuweisen in treffenden Ausführungen darzulegen. Gegen die Stimmen der Rechtspartei und Wähler wurde dann die Eintragung der Aufnahmehinzuweisen beschlossen.

Zum Schluß sei noch des Scheiterns des Bürgermeisters Paul aus dem Magistratskollegium gedacht. Bürgermeister Paul tritt am Sonnabend sein neues Amt als hauptamtlicher Geschäftsführer der Sparkassenverwaltung, Eührungen und Anhalt an und hat am Donnerstag zum letzten Male an den Sitzungen der städtischen Körperschaften teilgenommen. Der Vorsitzende, Stadtvorordnete Vorreiter Baer, und auch Oberbürgermeister Lehms widmeten ihm, der in schwerer Zeit sich im Dienste der Stadt bewährt und sehr ganes Können an der Führung der ihm gestellten Aufgaben bewandt hatte, dankbare Worte der Anerkennung. Und der stehende Bürgermeister, der als Finanzverwalter so häufig der Stadtvorordnetenversammlung durch Grant in Grant gemachte Widerstände zu dämpfen gesucht hatte, bekannte sich auf einmal als Schlichter und vordringte Wadung die schönste Zukunft.

Ein bißchen spät kommt diese Erklärung; sie hätte naches Mißverständnis nicht aufkommen lassen, wäre sie schon viel früher gefallen. Sein Nachfolger wird von vornherein mit einem starken Optimismus sich begeben müssen, denn heute, so müssen wir bekennen, sind wir es, die die Finanzwirtschaft unserer Kommune nicht als sehr rosig ansehen.

Handelsminister Schreiber und die Arbeiterschaft

Der preussische Minister für Handel und Gewerbe, Dr. Schreiber, hat sich in einer Sonderausgabe „Die Mitteldeutsche Industrie“ über die deutsche Arbeiterschaft wie folgt geäußert:

„Im Gegensatz zu anderen fortgeschrittenen Völkern haben wir in Deutschland nicht rechtzeitig durch Hebung der Arbeiterschaft in ihrer staatsbürgerlichen Geltung einen Ausgleich dafür geschaffen, daß das Sineuwachsen in den Großbetrieben die persönlichen Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer lockerer gestalten, die Arbeiterschaft losgelöst von allen Persönlichkeitswerten immer mehr zur Ware herabfallen lassen mußte. Die Folge dieser Entwicklung ist, daß bei uns Kapital und Arbeit sich sehr häufig nicht mit jenem Verständnis und Vertrauen begegnen, die zu den wichtigsten Voraussetzungen einer glücklichen Wirtschaftsentwicklung gehören.“

Die deutsche Arbeiterschaft erhrebt ganz mit Recht neben der politischen Gleichberechtigung, die ihr die republikanische Verfassung gebracht hat, auch die gesellschaftliche Emanzipation. Diese gesellschaftliche und wirtschaftliche Begabung der beiden arbeitenden Massen unseres Volkes liegt gleichermaßen im Interesse unserer nationalen Entwicklung wie unserer Wirtschaft. Nur freie, auch wirtschaftlich möglichst unabhängige Bürger können Bürger einer geläuterten künftigen Zukunft sein.

Wir müssen uns auch freimachen von der spießbürgerlichen Vorstellung, die ständige Klasseneinteilung unseres Volkes sei eine geheiligte Tradition, an der nicht gerüttelt werden darf. In einer Wirtschaft aber, die wie die deutsche in besonderem Maße auf Qualitätsarbeit eingestellt sein muß, wenn sie in der Welt bestehen will, wird trotz aller Mechanisierung der Betriebe der arbeitende Mensch doch immer der wichtigste Produktionsfaktor bleiben, dessen Förderung und Entwicklung für den Erfolg der wirtschaftlichen Arbeit deshalb von entscheidender Bedeutung ist. Wenn sich aber die deutsche Arbeiterschaft dem Bewußtsein enger verbunden fühlen soll als das heute meist der Fall ist, dann muß das Empfinden in dem einzelnen wieder lebendig werden können, als Mitarbeiter gewertet zu werden, nicht als gleichgültige Nummer in der Mechanik des für ihn nicht mehr überschaubaren Produktionsprozesses. Die Bedeutung, die der Gesamtheit unserer Arbeiterschaft für Wirtschaft und Staat zukommt, muß in der Einstellung gegenüber dem einzelnen Arbeitnehmer ihren deutschen Ausdruck finden.

Dazu gehört in den unglücklichen Kleingetrieben des Mittags eine achtungsvolle Menschenbehandlung. Dazu gehört aber auch die Achtung vor dem unbedingtesten Zusammenhänge derer, die im Wirtschaftsleben nur durch ihre Vereinigung harz sind.“

Ein Verbrecher als deutschnationaler Parteisekretär

Freiherr von Vodungen-Burg mit 8 Jahren Gefängnis und 9 Jahren Ehrverlust verurteilt, Anal geschieden.

Eine seine Marke, dieser deutschnationalen Kreisgeschäftsführer für den Kreis Zeitzow 1, der sich gern als Unteroffizier geschaut hat. Freiherr v. Vodungen reichte mit einem Nato in Kreis umher, kämpfte über Republik und Demokratie, spielte den tugendhaften Soldaten im Stab, bis ihn endlich die S. B. D. entlarvte. Die Magdeburger Volksstimme bringt in ihrer Nummer 219 einen längeren Aufsatz, in dem all die Vergehen aufgezählt sind, die sich dieser Ehrenmann zu schulden kommen ließ. Wir beschränken uns auf wenige Punkte, die wir dem genannten Blatt entnehmen:

Zebrmann in Burg denkt, der Stahlsechsführer von Vodungen sei Hauptmann a. D. Das ist er nicht. Er hat keinen militärischen Rang erworben. Im Alter von 16 Jahren hat er nämlich schon Bekanntschaft mit dem Gefängnis gemacht, und mit solcher Strafe konnte selbst

unter dem wittelsächsischen System ein Volsäger nicht Offizier werden. Vodungen kam dann aber doch wenigstens auf die Unteroffizierschule; dort sollte er geübt werden. Das gelang aber nicht, denn 1894 mußte dieser Vodungen wegen Diebstahls wieder ins Gefängnis wandern. In den ersten Jahren des Krieges war er auch geroge unabschämlich, er mußte nämlich 1915 und 1916 längere Gefängnisstrafen verbüßen und hatte außerdem noch Ehrverlust vom Gericht zu empfangen bekommen...

Dabei merkt man niemand mehr, daß von Vodungen zum Beispiel 1904 wegen Betrugs unter besonders erschwerenden Umständen zu zwei Jahren Gefängnis und sechs Jahren Ehrverlust verurteilt worden ist. Das Strafregister muß außerdem noch allerhand nette Dinger aufgezählt haben, die Herr von Vodungen gedreht hat. Diese deutschnationale Partei, dieser als Geschäftsführer der Deutschnationalen Partei im Kreis Zeitzow 1 gegen die Sozialdemokratie und Republik in überster Weise gehende v. Vodungen ist wegen gemeiner Delikte 10mal bestraft, und zwar insgesamt zu 8 Jahren Gefängnis und 9 Jahren Ehrverlust. Wegen Diebstahls, Unterschlagung und Betrugs hat dieser „Vereiniger Deutschlands“ im Mitteln gesehen. Und es wird wohl noch nicht die letzte Strafe gewesen sein, die er verbüßt hat. — Die Deutschnationalen haben, wie uns aus Burg berichtet wird, ihren Schilling noch nicht entlassen.

Freiherr von Gahl Reichskommissar für den Osten?

Preussische Widerstände

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ aus politischen Kreisen erzählt, werden im Reichsministerium des Innern unter der Leitung des Herrn von Stendell neue und mehrdeutige Pläne erwoogen. Bei diesen Plänen handelt es sich darum, eine Art Reichskommissariat für den Osten einzurichten, und zwar wird als künftiger Reichskommissar der deutschnationale Freiherr von Gahl genannt. Es wird damit gerechnet, daß sich auch Reichskanzler Marx mit der Ernennung des Freiherrn von Gahl einverstanden erklären wird, weil Herr von Gahl bereits als Reichskommissar in Ostpreußen und zwar während der Abstimmung tätig war. Damals aber handelte es sich um ganz andere Verhältnisse und im übrigen hat sich gerade der Freiherr von Gahl zum Führer der Fronde gegen die preussische Regierungswidert. Die Ernennung dieses Mannes würde daher neue Konflikte zwischen Reich und Preußen zur Folge haben. Innerhalb der preussischen Regierung wird sowohl der Ernennung des Herrn von Gahl als auch der Einrichtung eines besonderen Reichskommissariats für den Osten lebhafter Widerstand entgegengelezt werden. Die preussische Staatsregierung hat bereits eine besondere Disziplinverletzung in Berlin geschaffen. Im übrigen sind die Organe der preussischen Verwaltung, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräte durchaus in der Lage, die berechtigten Forderungen des deutschen Ostens zu vertreten.

Neue Stoffe

sehr preiswert!

SEIDEN-STOFFE		KLEIDER-STOFFE	
Seidener Zylinder-Müsch	1,50	Schotten für Kinderkleider	95
in schwarz, für Damenkleide, 1 Meter		in schönen Farben	
Damassé hell und dunkelgrün	1,95	Hauskleiderstoffe	95
gemastert, für alle Farbtöne		besond. zierlich, doppeltbreit Meter	1,25
ca. 84 cm breit	2,40 2,50	Reinw. Popeline	1,95
Washsamt	1,95	gute Quali., in groß. Farbauswahl, doppeltbreit Meter	2,25
in großer Farbauswahl	2,50 2,40	Moderne Schotten	1,95
Helvetia-Seide	2,95	in schönen Farben, ca. 100 cm breit Meter	2,40 2,25
in vielen Farben, ca. 65 cm breit	3,45	Composé-Neuheiten	2,50
Atlas-Trikot	3,25	reine Wolle, moderne Farben	2,65
für Unterbekleidung, in großer Farbauswahl, ca. 140 cm breit Meter	6,25 4,90	Reinwollener Foulé	2,90
Reinseidener Japan	3,60	gute Quali., in allen Modifarben	2,90
für Lampenschirme, in allen Beliebigungsfarben, ca. 65 cm br. Mtr.	4,50	Aparat Schotten	2,94
Kleider-Duchesse	3,95	reine Wolle, ca. 100 cm breit. Meter	3,50 3,50
in schwarz, weich fließende Qualität, ca. 84 cm breit	4,50	Composé aparte Herbst-Neuheiten	3,50
Kleider-Taffet	4,50	ca. 100 cm breit . . . Meter	3,95
in schwarz, gute Qualität, ca. 84 cm breit	4,90	Ondufé	4,75
Satin brillant	4,90	die große Stoffmode, reine Wolle, in aparte Farbstellungen	4,75
die hochglänzende Kleiderseide in schwarz, ca. 90 cm breit. Mtr.	8,40	Schatten-Rips	4,75
Crépe de Chine	4,90	reine Wolle, in verschiedenen Modifarben, ca. 100 cm breit Meter	4,90
reine Seide, gute Kleiderqual., in sehr prof. Farbauswahl	7,90 6,90	Rips-Popeline	4,90
Kleider-Taffet	5,25	reine Wolle, großes Farbsortiment, ca. 130 cm br. Mtr.	5,90
in moderner Abendfarben, ca. 84 cm breit . . . Meter	7,90	Reinwollene Ripse	6,50
Crépe Georgette	6,90	in allen Modifarben, ca. 130 cm breit Meter	8,90 7,90
reine Seide, in den modernsten Kleiderfarben	10,80 8,40	Schlangenhaut	6,90
Lindener Kleider-Velvet	6,90	die aparte Stoffmode, in allen Modifarben, ca. 100 cm breit . . . Meter	8,50 6,90
in schwarz und modernen Farben, ca. 70 cm br. Meter	10,80 8,90	Ottomane	8,90
Veloutine	5,90	für Mantel, in schwarz und farbig, ca. 130/140 cm breit Meter	9,85
Wolle mit Seide, der neue Knopfschloß-Typus für Abendkleider, in allen Modifarben, ca. 100 cm breit, Meter	11,50 9,85 7,90	Mantel-Velours	8,90
Veloutine-Art Meter		gute Quali., einfarbig ungemischt, ca. 130/140 cm breit. Meter	13,75
Brokateu.Lamés	7,80	Mantel-Ottomane	12,75
aparte Neuheiten für Abendkleider, ca. 90 cm breit, Meter	26,50 15,50 12,75	besond. schön, schwarz, Qual., in schwarz, mod. gemischt, ca. 140 cm breit . . . Meter	13,50
Velours-Chiffon	11,25		
eleg. Ware, in schwarz, Abendkleider, in schwarz, ca. 90 cm breit . . . Meter	17,50		
Velours metallique	14,50		
der neue Knopfschloß-Typus für Abendkleider, in schwarz, ca. 90 cm breit . . . Meter	17,50		
Milanaise	12,40		
die eleg. Knopfschloß-Typus für feine Wäsche, in sat. Farb., ca. 150 cm breit, Meter			

Lange & Münzer

Magdeburg Breiter Weg 51/52

Parteinachrichten

Demokratische Kulturtagung in Berlin.

Der Vorstand des Kulturvereins der Deutschen Demokratischen Partei veranstaltet am 15. Oktober in Berlin eine Arbeitstagung, auf der u. a. zu sprechen werden: 1. Kritik und Abänderung des Regierungsentwurfs Schulrat Georg Wolff, Vorsitzender des Deutschen Lehrervereins.

2. Die Stellung der Kirche zur Schule und zum Religionsunterricht: Oberstudiendirektor Dr. Schlemmer, 3. Die praktische Wirkung des Gesetzes auf Organisation und Finanzierung des Schulwesens: Oberbürgermeister Dr. Suppe.

4. Die parlamentarische und politische Situation für die Beratung des Gesetzes: Frau Ministerialrat Dr. Wäuser.

Am Anschließ auf diese Tagung findet eine große Kundgebung im früheren Herrenhaus statt, in der führende Vertreter der Demokratischen Partei ebenfalls gegen das Schulgesetz Stellung nehmen werden.

Am Freitag, dem 14. Oktober, veranstaltet der Kirchenanschuß der Demokratischen Partei eine Besprechung, bei der Oberstudiendirektor Dr. Schlemmer über Kirche und Religionsunterricht sprechen wird.

Kommunalkonferenz der Reichstagsabg.

Auf dem Deutschen Städtetag erhob Stefan Präsident, Dr. Mulet, in seinem Vortrag die Forderung nach einem eigenen kommunalpolitischen Ausschuß. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ erfährt, ist dies eine alte demokratische Forderung, welche die demokratische Reichstagsfraktion schon vor Jahren dadurch zu veranlassen sich bemühte, daß sie die Parteien für die Bildung eines ständigen „Ausschusses für Kommunalpolitik“ zu gewinnen suchte. Der Versuch scheiterte damals am Widerstand des Zentrum. Wenn jetzt der Reichstagspräsident über die Einsetzung eines solchen Ausschusses in Aussicht gestellt hat, so kann es sich dabei nur darum handeln, daß er zunächst die Einsetzung eines sogenannten freien Kommunalwissenschaftlichen Ausschusses anregt. Wünschenswert aber bleibt es nach wie vor, daß der Reichstag einen ständigen Ausschuß für Kommunalpolitik und Kommunalwirtschaft beschließt.

Demokratischer Kulturanschluß und Prezentag.

Der Kulturanschluß der Demokratischen Partei tritt, wie jetzt endgültig festgelegt worden ist, innerhalb des Prezentages zusammen. Der Kirchenanschluß hält als Unterausschuß des Kulturanschusses am Freitag, den 21. Oktober, im Demokratischen Klub in Berlin eine Vorbesprechung ab, während der Kulturanschluß am Sonnabend, den 22. Oktober, im Preußischen Landtag zusammentritt. Am Freitag, den 21. Oktober abends 8 Uhr, findet im großen Saal des Herrenhauses in Berlin eine große öffentliche Kundgebung statt, in der namhafte Kulturpolitiker zum Reichsschulgesetz sprechen werden.

Demokratischer Lehrer gegen das Reichsschulgesetz.

Die Arbeitsgemeinschaft demokratischer Lehrer und Lehrerinnen in Leipzig hat eine Entschiedenheit gegen den Entwurf zum Reichsschulgesetz angenommen. In dieser Entschiedenheit gegen den Entwurf wird u. a. gesagt, daß das Reichsschulgesetzentwurf auch deshalb abgelehnt werden muß, weil er die rechtliche Stellung der Lehrer beschneidet und insbesondere die Grundlagen der städtischen Schullehrerbildung ernstlich in Frage stellen würde. Die demokratischen Lehrer beklagen es, daß nicht nur die freischulisch gerichteten politischen Parteien, sondern immer mehr auch Vertreter des geistigen Deutschlands die Gefahr erkennen, die dieser Reichsschulgesetzentwurf für die Kultur unseres Volkes bedeutet, und erwarten von ihnen, insbesondere von der Deutschen Demokratischen Partei, daß mit allen Mitteln dafür gearbeitet wird, diesen Entwurf nicht Gesetz werden zu lassen.

Ehrentag für Walter Nathanael.

Die Deutsche Demokratische Partei wird zum 60. Geburtstag Walter Nathanaels an seinem Grabe einen Kranz mit einer Schleife in den Reichsfarben niederlegen lassen.

Demokratischer Anstalt am Hindenburg.

Die Deutsche Demokratische Partei von Groß-Berlin beauftragt sich am Sonntag auf der Spalierbildung zu Ehren des Reichspräsidenten. Sammelplatz ist die Lemmerstraße. Die Spitze des Zuges befindet sich an der Siegesallee. Alle Teilnehmer müssen pünktlich 1 1/2 Uhr an Ort und Stelle sein.

Demokratisches Beiseid für Nathan.

Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei, (Koch, Cerkelen, Hüßler) hat an Professor von Nathan in Garmisch-Partenkirchen nachfolgendes Telegramm gerichtet: „Der tragische Tod Ihres Vaters, der für das Deutsche Volk so Großes leistete und noch weiter hätte leisten können, verlegt die Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei in tiefe Trauer. Wir sprechen Ihnen unsere herzlichste Teilnahme aus.“

Demokratische Ehrentag für Justizrat Finzer.

Der Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei hat ein herzliches Glückwunschtelegramm an Justizrat Albert Finzer als dem verdienstlichen Rätepräsidenten und unermüdeten Vorkämpfer freischulischer Gedanken im Reichs- und Wirtschaftswesen geschickt.

Landtagsabgeordneter Rabe 50 Jahre.

Der demokratische preussische Landtagsabgeordnete Rabe wird am 26. September 50 Jahre alt. Rabe ist geborener Rheinländer. Er gehörte während des Krieges der Berliner Schutzmannschaft an. Im Jahre 1922 ist er zur Verwaltungsvollzieher übergegangen. Der Deutsche Heimatbund hat Rabe in den vorläufigen Reichswahlprüfungsrat gewählt. Rabe gehört weiterhin dem Hauptvorstand des Verbandes Preussischer Polizeibeamten an und hat sich im Preussischen Landtag deshalb auch lebhaft mit Polizeibeamtenfragen beschäftigt.

Landtagsabg. Dr. Böhner über das Reichsschulgesetz

Die Deutsche Demokratische Partei in Magdeburg hatte am letzten Dienstag zu einer öffentlichen Versammlung aufgerufen, um zu dem Reichsschulgesetz Stellung zu nehmen. Landtagsabgeordneter Böhner, dessen Stellung unsere Seiten durch seine Artikel in unserer Blatte bereits bekannt sein dürfte, hat in lebhaftem Vortrag die vielen dieserlei Beschlüssen, die der Volksschule durch den Reichsschulgesetz drohen, hingewiesen.

Im die Aufwärtsentwicklung der Volksschule wäre es gefürchtet, wenn der Reudell'sche Entwurf Gesetz werden würde.

Dr. Böhner betonte in der Einleitung seines Referats, daß für die gemeinsame Schule ohne Rücksicht zuerst nur die Demokratische Partei und ein kleiner Teil der Volkspartei eintritt. Jede andere Partei pflegt daneben irgend eine Sonderstufe. Gerne würde er die ganze Volkspartei als Freund der Simultanschule in Anspruch nehmen. Wer aber die Landtagsverhandlungen verfolgt, weiß, daß der Volksparteiliche Führer in diesen Dingen, der frühere Kultusminister Böttich, sich für die Bismarckschule ausgesprochen hat, und zwar mit wesentlichen Zugeständnissen auch an den bismarckschuligen Charakter dabei.

Wenn die konfessionelle Aufteilung der Schule möglich wäre, so wäre sie nach Meinung der Demokraten zunächst nicht gut. Nicht gut für die Konfessionen, die dabei in ein konfessionelles Ghetto geipert werden, und nicht gut für den Frieden der Konfessionen. Von den Freunden der konfessionellen Schule wird oft behauptet, daß die gemeinsame staatliche Schule den konfessionellen Frieden fördere. Ein Jahrhundert Glaubenskriege, die gesamte deutsche Vergangenheit sollte eigentlich belehrt haben, daß nur der Staat die Gemütsfreiheit sichern kann, und damit den konfessionellen Frieden. Zum Staat gehört dabei auch die Staatschule.

Die Aufteilung verpricht der katholischen Seite viel. Leicht einen gewissen Bestand in ihrem Besitz. Wenn aber auch die Evangelischen um Witten, und diese mehr als die Katholiken, nach dem Reichsschulgesetz rufen, so vernehmen sie völlig, daß die evangelische Kirche wegen der Zersplitterung auf der evangelischen Seite ganz anders gestellt ist. Jede Seite — in Magdeburg Einigkeit Bismarckschule, die Identitäten und manche andere — wird der evangelischen Schule ihre eigene gegenüberstellen können.

Die Aufteilung ist aber unmöglich wegen der Kosten. Welche Erregung bringt die bezogenen Wirtschaftskartellen schon die Neuordnung der Beamtenbesoldung! Aber wenn schon die Beamtenbesoldung so schwer ist, wie denkt man über die Schule? Dem Steuerzahler ist nicht genug, daß das Reich die Kosten der Kindern abnimmt. Er muß das zahlen. Bremen hat einen einmaligen Mehretrag von vier Millionen, einen jährlichen von dreieinhalb Millionen berechnend. Aber diese Zahlen sind voranschläge. Wir haben aber das praktische Beispiel Hollands, das seine Schulspflicht auf 6 Jahre beschränkt muß, während wir 8 Volksschuljahre und die Fortbildungsschule haben. Die Aufteilung ist aber auch innerlich unmöglich. Das heutige Kulturstück ist konfessionell nicht mehr aufzuteilen. Wer fragt beim Rundfunk, ob der Zeitsitz Madermann oder ein Monat über Biologie spricht, wenn er nur etwas zu sagen hat? Hier ist der Konfessionalismus überhand.

Nathanael-Fest im Schloß Freimwalde. Auf Einladung des Landrats Mangel vom Kreis Oberbarnim versammelte sich in Freimwalde am Abend des 60. Geburtstages von Walter Nathanael ein Kreis seiner Freunde und Verehrer, um das Andenken an den Begründer der Freimwalder Stiftung zu ehren.

Auslandreise Erich Kochs. Reichsminister a. D. Koch (Weser), der in den letzten beiden Jahren mehrere Studienreisen, so nach Amerika, England und nach dem Baltikum gemacht hatte, schließt seine wirtschaftlichen und politischen Informationsreisen mit einer dreiwöchigen Fahrt nach Rußland ab. Er tritt am Freitag mit dem Zugzug die Fahrt an, die ihn u. a. auch nach Sibirien und dem Kaukasus führen wird.

Kochstraße in Bremerhaven. Wie aus Bremerhaven mitgeteilt wird, hat der dortige Magistrat mit Genehmigung des Senats beschlossen, in Anerkennung der Verdienste um die Stadt Bremerhaven, die sich der Reichsminister a. D. Erich Koch als Stadtdirektor von Bremerhaven in den Jahren 1909 bis 1913 um die Entwicklung der Stadt erworben hat, eine Straße im neuen Wohnungsgebiet den Namen Kochstraße zu geben.

Zeitungs Jubiläum. Der „Neue Vörlinger Anzeiger“, eine der führenden Provinzzeitungen Schlesiens, kann am 1. Oktober auf sein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Die Zeitung, die sich Verbreitung mit an erster Stelle der Provinz stellt, hat sich unter der verlegerischen Leitung der Herren Soffmann und Reiber (Vater und Söhne) und unter der journalistischen Leitung von Karl Gebel und der Redakteur Schläpfer und Dente um die Verbreitung und Vertiefung des fortschrittlichen und freischulischen Gedankens in der Ober-Lausitz große Verdienste erworben.

Das seltene Fest des 75jährigen Bestehens feiert am 1. Oktober das „Wiesbadener Tagblatt“. Das Blatt geht unter der bewährten Leitung des Hauptgeschäftsführers Leistikow zu den tapfersten Blättern im besetzten Gebiet und ist als führendes Wiesbadener Blatt seit im Demarkationsverursucht und mit seinen Lesern verbunden. Das „Wiesbadener Tagblatt“ ist stets nahhaft für Deutschlands äußere Freiheit und für die freischulische Ausgestaltung unseres Staates im Innern eingetreten.

Die Demokratie Deutschlands, zu der beide Blätter gute und herzliche Beziehungen unterhalten, entbietet beiden Blättern zu ihren Jubiläen herzlichste Wünsche für weitere erfolgreiche Aufklärungsarbeit.

Wir können aber auch Kino und Zeitung nennen. Sie ist unmöglich, aber auch wegen der konfessionellen Mischung bis in die Dörfer. Man würde sonst im Namen der Gemütsfreiheit Minderheiten unter diesem Reichsschulgesetz vermageln. Sie ist aber auch unmöglich, weil der Staat als Träger zur Schulspflicht auch die Verantwortung für sie übernehmen muß.

Wir sind also für die gemeinsame Schule. Die preußische Denkweise will dem Entwurf Keudell den Vorwurf der Verfassungsmäßigkeit erheben; sie legt aber deutlich genug, daß er in vielen Einzelheiten gegen den Sinn der Verfassung verstößt, weil er die Vorrangstellung der gemeinsamen Schule nicht bringt. Erster Grund zur Ablehnung. Zweiter: Die Regelung des geordneten Schulbetriebes. Man unterschätzt zu leicht die Bedeutung der äußeren Ausstattung der Schule. Was verlangt allein heute die Vorbereitung der Kinder auf unser so stark von Mechanik und Industrie getragenes Leben? Die Schule muß aber auch auf dem Umweg über die Freude am öffentlichen Spiel die Kinder der Armen und Hablosen wieder an den Wohlstand unseres Volkes herantreiben. Zu dieser äußeren Ausstattung kommt die nach Klassen, nicht nur nach den acht aufsteigenden Jahrgängen, sondern auch nach Sonderklassen für Begabte, Hilfsklassen usw. Man denke weiter an die Ausstattung mit Lehrbüchern. Der Entwurf Keudell's läßt die einlässige Schule, also eine Zweigklasse zu. Die Verdienste der einlässigen Konzepte in Ehren! Aber welche gewaltigen Mittelzettel sieht hier in der ländlichen Natur zur Seite! Und doch ist auch dort die einlässige Schule nur ein Vorbehalt.

Drittens: Wenn die Sonderklassen kommen, können wir sie in der bismarckschuligen Form ab. Katholische Turnen, katholische Mädchen! Man will aber auch nach dem Wortes des Zentrumsgesandten Reinhold, daß bismarckschulige Schulen des Lehrers. Die Kirche braucht den Lehrer als Erfüllung ihrer Aufgaben, will sie einen Anreiz, und ist das noch evangelisch? Es tritt hier der Herrschaftsanspruch der Kirche zu Tage. Die Kirche kann die Schule nicht übernehmen, weil ihr Mittel und Kräfte fehlen, aber auf dem Umweg über den Staat will sie regieren. Diese nahe Missachtung der Aufgaben eines ganzen Standes ist der Lehrer aller Grade gewohnt. Er kann man in der Demokratie so fortmachen? Der Lehrer ist für die Ueberlassung des Religionsunterrichtes an die Kirche, die sich dann aber völlig aus der Schule zurückziehen muß. Solange der Staat aber den Religionsunterricht erhebt, hat er allein die Verantwortung zu übernehmen.

An das mit großem Beifall aufgenommene Referat schloß sich eine Aussprache, in der die Ausführungen Dr. Böhners nachdrücklich unterrichtet wurden. Einmütig wurde folgende Entschlossenung angenommen:

„Die Versammlung wendet sich entschieden gegen den Reichsschulgesetzentwurf Keudell; sie erkennt in den preussischen Währungsänderungen die Verletzung in Einzelheiten an; immer noch ist aber auch nach diesen die Zerschreißung der deutschen Schule und ihre Vertiefung zu befürchten. Darum kann die Versammlung auch das preussische Kompromiß nicht annehmen. Sie fordert alle Kreise der Bevölkerung auf, mit ihr in den Kampf gegen den gesamten Reichsschulgesetzentwurf Keudell einzutreten.“

Bezirk Magdeburg

Veranstaltungen der Deutschen Demokratischen Partei, Ortsgruppe Magdeburg.

Geschäftsleiter der Partei: Die nächste Sitzung findet am Montag, dem 10. Oktober, abends 7.30 Uhr in der „Mühlhäuser Bürgerkassen“ statt.

Stammkreis für die Mitglieder der D. D. P.: Dienstag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr, „Weißer Saal“, Weinstraße 6. Starke Beteiligung erwünscht.

Bad Salzungen. Gastwirt Fritz Koeber feierte am 28. September bei überreicher Festlich und geistiger Mäßigkeit seinen 90. Geburtstag. Gastwirt Koeber ist eine bekannte Persönlichkeit. In seiner früheren Heimat, Salze, spielte er im kommunalpolitischen Leben eine Rolle. Lange Jahre hindurch ist er stellvertretender Gemeindevorsteher gewesen und gehörte auch dem Kreisrat des Kreises Salze an. Bei der Eingemeindung der südlichen Vororte in die Stadt Magdeburg wurde Koeber in das Stadtratsmitglied ernannt und ließ sich bei der unter Führung von Sozialrat Wolff lebenden bürgerlichen Wahlen an. Viele Jahre betrieb Koeber das bekannte Hotel Koeber in Salze, das im Jahre 1917 an die Sacharinfabrik A.G. verkauft wurde.

Karlsruhe. Montag, den 3. Oktober 1927, abends 8 Uhr, im „Gärten Anker“ Monatsversammlung. Herr Konrektor Böbe spricht über das Reichsschulgesetz. Gabe willkommen.

Witten. Die Deutsche Demokratische Partei für den Kreis Jerichow I hielt am Sonntag, den 23. September, eine verhältnismäßig gut besuchte Vertrauensversammlung ab, in der Landtagsabgeordneter Oberstudiendirektor Dr. Böhner über die politische Lage in Reich und Staat sprach. Er wie zu. a. auf die große politische Frage der Innen- und Außenpolitik hin. Die Deutsche Demokratische Partei hat von Anfang an eine aktive Verfassungskämpfe mitgetrieben mit dem Ziel der völligen Wählung des Reichslandes und der Regelung der Differenzen im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Zur Verwirklichung dieses übergeordneten bezweckt der Redner, daß die deutsche Wirtschaft gegen Staatsübergebe und Steuerüberlastung geschützt werden müsse. Die Deutsche Demokratische Partei hat nach dieser Richtung hin zahlreiche Anträge gestellt. Sie hat auch einen lebhaften Kampf gegen den Staatshaushalt geführt. Ihre Forderungen lauten: Steuererleichterung.

Bezirk Anhalt

Landgerichtspräsident Herr Debus
Landgerichtspräsident Dr. Debus in Dessau ist dieser Tage verstorben. Nach dem Zusammenbruch 1918 schloß sich Debus, der vorher der Nationalliberalen Partei angetreuen hatte, der Deutschen Demokratischen Partei an und ist für diese auch öffentlich hervorgetreten. Erre seinem Andenken.

Bezirk Halle

Vertretertagung des Wahlkreisverbandes.
Nachdem die vom 17. bis 20. September in Bad Elfen abgehaltene Organisationstagung, und Konferenz der Parteiführer ihren Abschluß gefunden hat, berufen wir für

Sonntag, den 9. Oktober, vormittags 11 Uhr, im Neumarkt-Schützenhaus zu Halle einen

Vertretertag des Wahlkreisverbandes
ein. Zu dieser Tagung ergeben besondere Einladungen mit der für die Beratungen vorgesehenen Tagesordnung.

Wir bitten auch an dieser Stelle um zahlreiches Besetz dieser sehr wichtigen Tagung.
Der geschäftsführende Vorstand.

Landtagsabgeordneter Hoff
wird am Montag, den 10. Oktober in Halle sprechen. Thema: „Die Preisgabe der gewerblichen Mieter“. Die Veranstaltung wird als öffentliche Veranstaltung von der Organisation des gewerblichen Mietergruppenverbandes einberufen werden. Mehrere Bekanntmachungen über den Saal, in dem die Veranstaltung stattfindet, erfolgen u. a. auch in unserem Wochenblatt in dessen nächster Ausgabe. Wir weisen aber schon heute auf die Veranstaltung hin mit der Bitte an unsere Parteifreunde, sich recht zahlreich daran zu beteiligen. Abgeordneter Hoff gehört unserer Landtagsfraktion an und hat sich gegenüber der Verordnung des Ministers Hirtfelder der Interessen der gewerblichen Mieter besonders angenommen. Am Tage vorher spricht Abgeordneter Hoff in zwei von unserer Weiskensfelder Ortsgruppe einberufenen Versammlungen, in Weiskensfeld selbst und in einem Orte der weiteren Umgebung.

Halle. Schwarz-Rot-Gold zu Hindenburgs Geburtstag. Die reichsfeindlichen Parteien wollen den 80. Geburtstag des Reichspräsidenten, wie die in hallischen Reichsblättern erlassenen Aufforderungen lauten, zu einer Demonstration der schwarzweißroten Farben mißbrauchen (ein anderes Wort ist hier nicht am Platze). Der Reichspräsident hat bei seinem Amtsantritt den Eid auf die Verfassung und deren Verfassung abgelegt. Er hat Schwarz-Rot-Gold, die Farben der Deutschen Republik, als sein Amtsgewand wählen. Und wir wollen sie zeigen und damit den obersten Vertreter der Deutschen Republik ehren. Also, „heute mit dem schwarzgoldenen Fahnen am 2. Oktober!“ Wir zeigen damit das Symbol des Reiches. Wenn andere die Weiskensfeldigkeit besitzen, den Geburtstag des Reichspräsidenten für eine Paradedemonstration zu benutzen, so helfen wir ihnen bei der Achtung vor dem Reichspräsidenten und vor den verfassungsmäßigen Farben gegenüber.

Halle. Deutsche Demokratische Partei. Frau Gräfin Dohna sprach gelegentlich ihrer Rückreise aus Genf in einer mit der Frauengruppe gemeinsam veranstalteten Mitgliederversammlung über das Thema: „Der Völkerverbund als Erziehungsproblem“. Die Vortragende, die

als Leiterin der Erziehungsabteilung der Liga für Völkerverbund tätigen Anteil an den Aufgaben des Völkerverbundes zur Heranbildung einer dem Völkerverbundsangehörigen folgenden Jugend nimmt, zeigte in anregender Schilderung die bisherige Einwirkung der Frauen auf diesen wichtigen Problem. Man habe eine Lehrer-Internationale ins Leben gerufen und der Deutsche Lehrerverein habe versucht, mit französischen und englischen Lehrervereinen eine gleiche Basis in der Erziehung der Jugend zu finden. In der deutschen Reichsverfassung fordere der Artikel 148 die Erziehung der Jugend im Geiste der Völkervereinigung und auch in den sogenannten Eigerstaaten besonders auch in Frankreich, sei die Mentalität der Lehrer vielfach auf diesen Willen eingestellt. In England habe ein praktischer Versuch mit einer Völkerschule, in der die Knaben im Geiste der Völkervereinigung erzogen werden, stattgefunden. Die Rednerin plädierte für die Einführung eines allgemeinen Völkertages in den Schulen und neben den bisherigen nationalen Erziehungskonferenzen für Abhaltung einer Völkervereinigungskonferenz. Erlebensover sei auch ein ständiger Erziehungsausschuß beim Sekretariat des Völkerverbundes. Die Zukunft der Welt hänge ab von der nachwachsenden Generation und ihrer Einstellung zum Gedanken einer Völkervereinigung.

Am den mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag, für den der Vorsitzende, Herr Winzer, der Rednerin noch besonderen Dank aussprach, schloß sich eine sehr anregende Aussprache. Hierbei wurde auch nicht unterlassen, unserer Bereitwilligkeit zur Verbrüderung der Völkervereinigung und unserer Verwirklichung die gegenseitige Einwirkung der Eigerstaaten gegenüberzustellen, zum anderen aber darauf hinzuweisen, daß wir uns trotz allem in unserem Glauben an den Völkervereinigungsgedanken und in unserer Bereitschaft, fruchtbarbare Arbeit zu leisten, nicht erschüttern lassen dürfen. Im Schlußwort hob die Vortragende gerade diese Aufgabe mit besonderer Wärme hervor. Am den Vortrag schloß sich noch eine Aussprache über städtische Angelegenheiten, in der Herr Stadtverordneter Müller auskunft gab. Seine Aufforderung an die zahlreich erschienenen Freunde, für die kommende Herbst- und Winterarbeit alle Kräfte anzuspannen, fand begeisterte Aufnahme.

D. D. P. Ortsgruppe Weiskensfeld. Montag, den 3. Oktober, abends 8 Uhr: Monatsversammlung im „Sächsischen Hof“. Zahlreiches Erscheinen. ermahnt. Der Vorstand.
Neukirchen. Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 10,30 Uhr, Bahnhofsplatz, Organisationstagung des Ortsbezirks Orts, der Deutschen Demokratischen Partei. Landtagsabgeordneter Dr. Böhner nimmt an den Verhandlungen teil.

Weiskensfeld. Die Ortsgruppe der D. D. P. hielt am 21. Sept. ihre Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende gab einen ausführlichen Bericht über die Provinzial-Tagung in Nordhausen, an der er als Landtagsabgeordneter teilgenommen hat. Redner verbreitete sich über die Verhandlungen bei der Demokratischen Vorbesprechung, die Verhandlungen der Stadt Nordhausen, die drei gehaltenen Vorträge, die Stadt Nordhausen selbst und die verschiedenen Führungen. Am den Bericht schloß sich eine längere Aussprache an. Auf der Tagesordnung stand außerdem: Stellungnahme zu den Stadtverordnetenwahlen 1928. Die meisten der Anwesenden äußerten ihre Meinungen und Ansichten über diesen Punkt. Es handelte sich besonders darum, wie stellt sich die Ortsgruppe zu dieser Angelegenheit? Soll wiederum wie bei den letzten Wahlen eine eigene Liste aufgestellt werden oder ist ein Zusammengehen mit anderen Organisationen zu empfehlen? Nach einer ausgedehnten Aussprache wurde beschlossen, in einer Vorstandssitzung die Angelegenheit zu beraten. Es kamen dann noch verschiedene städtische Fragen zur Sprache.

hellung. Schen den wirtschaftlich Schwachen. In der Frage Kulturpolitik hat der Redner erschöpfende Darstellungen über das Reichsgesetz und die Stellungnahme der Deutschen Demokratischen Partei. Dr. Böhner weist noch ferner auf die Liebererhebungen hin, die in vielen Kreisen vorhanden sind gegenüber der ab 1. Oktober in Kraft tretenden Erhebungen und Beamtengehälter. Diese Erhebungen betragen durchschnittlich nur 6-10 Prozent. Die Aussprache war sehr lebhaft und der Neudrucke Schulgesetzentwurf wurde einstimmig abgelehnt. Parteiführer Mütz sprach über den Ausbau der Organisation. Er wies auf die kommenden Wahlen hin, die es erforderlich machten, die Organisation wesentlich auszubauen. Der Kleinarbeit muß größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Arbeit der Kreisvereine muß dezentralisiert, damit auch die entgegenen Orte von der Werbe- und Auffklärungsarbeit erfaßt werden. Für das flache Land kommen hauptsächlich vier große Berufsklassen in Frage und zwar in erster Linie die Landwirtschaft, der Mittelstand, die Kleinindustrie und die Beamten. Um einzelnen wies der Redner in zahlreichen Anträgen nach, was die Deutsche Demokratische Partei in Reich und Staat für diese Berufsstände getan hat. Erwährendes Aufführungs-material wird bereits schon Ende Oktober zusammengestellt. Für den Kreis Jericho I empfahl er 2-4 Arbeitsgebiete, die mindestens vierteljährlich zusammenzutreten müssen, um die wichtigsten Fragen der Organisation zu besprechen. Auch an diesen Vortrag schloß sich eine längere Aussprache, in der von allen Rednern der gute Wille zum Ausdruck kam, fleißig für die Organisation mitzuarbeiten. Besprochen wurde, die Arbeitsgebiete zu bilden und zwar Maderburg, Bismarck, GutsMuths, Burg, Gommern-Gütergut. Die nächste Veranstaltung soll Ende Oktober oder Anfang November in Bismarck stattfinden. Der Vorsitzende, Redner Bismarck, dankte allen Vertrauensmännern für den lobenswerten Eifer und versprach seinerseits, alles zu tun, damit mit größerer Lebendigkeit die Organisation der Deutschen Demokratischen Partei auf dem festem Grunde Fuß fasset. Er dankte ferner den beiden Referenten für ihre vorzüglichen Referate und schloß mit dem Wunsch, daß schon bis zur nächsten Zusammenkunft die heutige Aussprache ihre Früchte tragen möge.

Der erweiterte Bezirksvorstand des Bezirkes Magdeburg-Anhalt der Deutschen Demokratischen Partei tritt am Sonntag, dem 30. Oktober, zu einer sehr wichtigen Sitzung zusammen. Besondere Einladungen folgen später. Eine Anzahl Kreisvereine hat die Aufsicht der Vorstandsmitglieder noch nicht gemeldet. Wir bitten um schleunigste Erledigung. Nach der Sitzung entsendet jeder Kreisverein zwei Vertreter in den erweiterten Bezirksvorstand.

Umland-Bund: Freitag, dem 7. Oktober, abends 8 Uhr, in den Altkäfer Bürgerhäuser, Apfelstr. 9, Mitglieder-Versammlung.
Sonntag, den 9. Oktober, Fahrt nach Wallenstedt. Näheres durch Rundschreiben und in der Mitglieder-Versammlung.

Redner Wilhelm Schmidt
Vanz pöblich und vollkommen unmerkbar verhandelt am Sonntag, den 24. 9. 27, der Leiter der Volkshilfe, Herr Redner Wilhelm Schmidt. Wir betrauen in dem so jäh aus dem Leben Verschienen einen Mann, der unsere Vorkämpfer gern und freudig unterstützte, der in seiner ruhigen, fleißig sachlichen Arbeit dem großen Ganzen wertvolle Dienste leistete. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Konsum-Verein für Magdeburg u. Umgegend
Jakobstraße 42 Ecke Peterstraße Jakobstraße 42

Herren-Konfektion

Burischen-Anzüge	farbig, blau	43.00, 38.00, 28.50	17.00
Herren-Anzüge	farbig, große Auswahl	80.00, 65.00, 58.00, 45.00	38.00
Herren-Anzüge	blau Ramming, pr. Qual.	90.00, 82.00, 78.00, 72.00	69.00
Burischen-Wäster	alle Größen	62.00, 55.00, 44.50	38.50
Herren-Wäster	große Auswahl	80., 72., 61., 58., 48., 43.	38.50
Herren-Paletots	schwarz, m. Samtkragen	78., 68.50, 62., 58.	47.50
Loden-Mäntel	imprägniert	32.50, 27.50	17.50

Ein Posten Covercoat-Windjacken
ipottbillig!

Burischenjacken . 9.00 Herrenjacken . 25.00

Billigste Bezugsquelle für Schuhwaren
B. Wolff's Gelegenheitskäute
Schwertfegerstraße 14/15.

Superieren bringt Gewinn!

Konsum-Verein für Magdeburg und Umgegend, e. G. m. b. H.

Am Freitag, den 30. September 1927 erfolgte die

Eröffnung

einer neuen Verkaufsstelle

in der Siedlung „Neue Heimat“ Südost

Wir haben das Lager neuzeitlich und unter Berücksichtigung der bisher gesammelten Erfahrungen eingerichtet und bitten unsere dortigen Mitglieder um fleißige Inanspruchnahme. Neuanmeldungen können ebenfalls dortselbst erfolgen.

Der Vorstand.

Höchstleistungen zu jeder Zeit
 bietet unser großes Specialhaus für
Webereiwaren!

Unsere Spezialität:

Baumwollwaren

Hemdentuch	gute gebrauchsfähige Qualität, 80 cm breit Meter 80	55 $\frac{1}{2}$
Hemdentuch	solide, haltfähige Ware, 80 cm breit Meter 80	70 $\frac{1}{2}$
Renforcé	feinblättrige Ware, für Bekleidung, 80 cm breit Meter 80	75 $\frac{1}{2}$
Renforcé	feinblättrig, beste süddeutsche Ausarbeitung, 80 cm breit Meter 80	1.10
Madapolam	der beste feinstblättrige Maßstoff, 80 cm breit Meter 80	1.05
Linon	für Bett- und Bettwäsche, solide Qualität, 80 cm breit Meter 80	75 $\frac{1}{2}$
Linon	(Seinen-Gras), demüßigte Qualität, Deckenbreite, 180 cm Meter 80	1.25
Bettsatin	schöne neue Streifen, Kissenbreite, 80 cm Meter 80	1.15
Bettsatin	demüßigte feste Qualitäten, Deckenbreite, 180 cm Meter 80	1.95
Bettendamast	neue moderne Muster, Kissenbreite, 80 cm Meter 80	1.20
Bettendamast	schöne glanzreiche Ware, Deckenbreite, 180 cm Meter 80	2.00
Hautuch	für Bettdecken, schwere Qualität, 150 cm breit Meter 80	1.50
Halbleinen	für Bettdecken, besonders haltfähig, 150 cm breit Meter 80	2.40
Dowlas	schöne vollgefeilte Qualität, 150 cm breit Meter 80	2.30
Hemdenbarchent	gute geräumte Ware, sehr preiswert, 80 cm breit Meter 80	80 $\frac{1}{2}$
Couverture	gute neue Muster, sehr billig Meter 80	55 $\frac{1}{2}$
Züchen	bekannt solide Qualitäten, enorme Ausmaß, 80 cm breit Meter 80	75 $\frac{1}{2}$
Züchen	gute, haltfähige Ware, Deckenbreite, 180 cm Meter 80	1.25
Inlett	demüßigte, dicke Qualitäten, Kissenbreite, 80 cm Meter 80	1.50
Inlett	nur gute erprobte Ware, Deckenbreite, 180 cm Meter 80	2.50
Tischtuch	Halbleinen, solide Qualität, 180x180 cm Stück 80	5.25
Tischtuch	Halbleinen, neue Dessins, 180x180 cm Stück 80	6.25
Tischtuch	Halbleinen, schwere Qualität, 180x180 cm Stück 80	5.50
Tischtuch	Halbleinen, große Ausmaß, 180x180 cm Stück 80	7.00
Servietten	Halbleinen, dazu passend, 60x90 cm Stück 80	1.10
Servietten	Halbleinen, dazu passend, 60x90 cm Stück 80	1.35
Jacquard-Handtuch	solide feste Qualität, 48x100 cm Meter 80	90 $\frac{1}{2}$
Jacquard-Handtuch	demüßigte gute Ware, 48x100 cm Meter 80	1.05
Dreil-Handtuch	Halbleinen, sehr preiswert, 48x100 cm Meter 80	1.15
Dreil-Handtuch	Halbleinen, schwere Qualität, 48x100 cm Meter 80	1.50
Jacquard-Handtuch	Halbleinen, demüßigte gute Ware, 48x100 cm Meter 80	1.60
Küchen-Handtuch	Halbleinen Dreil, haltfähige Ware, 42x100 cm Meter 80	1.10
Küchen-Handtuch	Halbleinen Jacquard, 48x110 cm Meter 80	1.15
Wischtuch	abgepöckelte gute Qualität, 60x90 cm Stück 80	40 $\frac{1}{2}$
Wischtuch	Halbleinen, gefärbt und gebündert, 60x90 cm Stück 80	55 $\frac{1}{2}$
Wischtuch	Halbleinen, gefärbt und gebündert, 60x90 cm Stück 80	70 $\frac{1}{2}$
Barchentdecke	schöne weiche Qualität, volle Größe Stück 80	2.80
Barchentdecke	gute haltfähige Ware, volle Größe Stück 80	3.90
Schlafdecke	schöne Qualität, volle Größe Stück 80	4.50
Schlafdecke	farbter, in neuen Dessins, volle Größe Stück 80	6.00

Siegfried Cohn

WEBEREIWAREN
 BREITENWEG 57-60

Salzquelle!

Jeden Sonntag:

Konzert

Unschuldigend

Tanzkränzchen.

Parkrestaurant Vogelgefang

Täglich Konzert!

Der Dahleflor ist in voller Pracht

Fußbodenholzmatten

Jalousien, Rolläden,

Reparaturen, Reparaturmaterial
 Jalousiefabrik Schmidt,
 gegründet 1871.

Magdeburg, Heiligegeiststr. 24, Tel. 922

Hohenzollern-Park.

Jeden Dienstag, Mittwoch,
 Donnerstag ab 3 $\frac{1}{2}$ Uhr

Kaffee-Konzert

mit
 Kleinkunst-Bühne

W. Trint

Inhaber des altbekannten Restaurants

Goldene Tasche

Gartstraße 8 Telephone 4711

Warme und kalte Küche

zu jeder Tageszeit

Festsaal

Denken Sie daran

Ihre Familien-Anzeigen

noch in unserer Zeitschrift aufzugeben

Demokraten!

Beteiligt Euch an dem

Stammtisch

jeden Dienstag ab 8 Uhr im

Hotel Weißer Bär.

Wilhelm Kobell's

ff. Wurstwaren

ff. Fleischwaren

Altrenom. Wurst- u. Fleischw.-Fabr.

Magdeburg

Bärplatz Fernruf 7282

Bauern und Kleinbauern

Bächter und Siedler

verlangt die

"Deutsche Bauernzeitung".

Probefrüchte kostenlos.

Reichsverband Landwirtschaftl.

Klein- und Mittelbetriebe

Berlin N. 24, Monbijouplatz 3

Aus Anlaß des
25jährigen Bestehens
 unserer Firma bringe ich einen Posten erstklassiger
Muster-Coupons

Anzug- u. Mantelstoffe

weit unter Preis

zur Maßenfertigung.

Für vorzüglichen Sitz und beste Verarbeitung leistet
 meine altrenommierte Firma Gewähr.
 Ich bitte von diesem vorteilhaften Angebot,
 auch für spätere Ablieferung, jetzt schon regen
 Gebrauch zu machen.

Mannheimer

Breiter Weg 120, 1 Treppe.

Auto-Privat-Fahrschule

Ob.-Ing. Val. Bohland

gerichtlich beeidigter Sachverständiger

für das Kraftfahrwesen.

Ausbildung von Kraftfahrzeugführern

zu kulantesten Bedingungen und

mit bestem Erfolg.

Magdeburg - Wilhelmshaus - Eingang Editharing

Tel. 6354. 3 Minuten v. Hauptbahnhof. Tel. 6354.

E. Markmann, Magdeburg

Victoriastraße 9 (kein Laden) am Hauptbahnhof

Fernruf 5539

Krankpflege-Artikel

Chirurgische Instrumente, Verbanden, Leibbinden

Verbandsstoffe Gummwaren

Reines Nachgeschälf.

Alb. Willy Schüler

Kunst- und Bauschlosserei

Wallstraße 12 Magdeburg Fernruf 2334

fertigt

alle Schlosserarbeiten

an. Spezialität: Markisen, Scherengitter pp.

Hotel und Restaurant

Weißer Bär

Bes.: Ad. Thurnagel.

J. BORMANN

Große Münzstraße 2

Koffer :: Reisetaschen :: Damen-Handtaschen ::

Besuchstaschen :: Aktenmappen :: Rucksäcke ::

Sportgürtel sowie andere Geschenkartikel.

Die „Kavauma“

Magdeburgs

Mittelstandskrankenkasse

bietet: Kaufleuten, Handwerkern, Beamten, Ge-

werbetreibenden, Landwirten, allen

freien Berufen und Angestellten

den sichersten Schutz

gegen Rückschläge durch Krankheit,

die beste Familienhilfe!

Arztliche Behandlung als Privatpatient!

Niedrige Beiträge! Höchste Leistungen!

Aufnahmealter bis 65 Jahre!

Erholungsheime an der See u. im Gebirge.

„Kavauma“

Krankenkasse

des Kaufmännischen Vereins

zu Magdeburg

Gegründet 1899

Hauptgeschäftsstelle Spiegelbrücke 13, T. 757a-2823

Wilhelmstadt, Gr. Diederichsstraße 24, T. 10137

Neue Neustadt, Nikolaistraße 6, Telephone 758

Schönebeck, Kronprinzstr. 1, Telephone 2918,

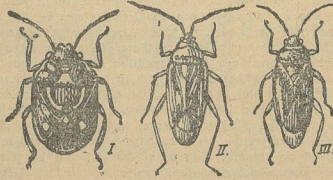
Gommern, Breite Straße 59.

Für Kleinsiedler und Landwirte

Wanzen als Pflanzenfresser.

Von unseren heimischen, auf Pflanzen lebenden Wanzen sind die meisten dem Gärtner willkommen, da sie Insekten und deren Larven verzehren. Nur wenige nähren sich von Pflanzenästen und treten gelegentlich als Schädlinge auf. Von ihnen dürfte am bekanntesten die Rohlwanz (Abb. 1) sein. Sie gehört zu den Schildwanzen (Pentatomiden) und ist schon metallisch grün gefärbt. Die helleren Zeichnungen wecheln in Anzahl und Färbung; diese betreffen sich von Weiß über Gelb und Orange bis zum hellen Blau. Ihre Eier legt die Rohlwanz wie alle Pentatomiden in Gruppen auf die Blätter der Nährpflanzen. Die jungen Larven sind bei allen Wanzen dem entwickelten Tier schon sehr ähnlich, denn sie gehören zu den Insekten mit unvollkommener Verwandlung, nur haben sie keine Flügel. Sie sind oft weit schöner gefärbt, als die voll entwickelten Tiere.

Die Schädlichkeit der Rohlwanz erstreckt sich auf alle Kohlarten und verschledene andere kultivierte Kreuzblütler; sie soll besonders durch Saugen an den Fortrieben und Blättern und an den jungen Pflanzen, wenn sie in Menge auftreten, bedeutenden Schaden anrichten können. Wie auch bei anderen Wanzen beobachtet ist, gehen sie mitunter von freulebigen Insekten auf die Kulturpflanzen über und sollen in der Vorjohrzeit



offenen, Salat und Spargel nicht verschonen. Verwandte Arten derselben Gattung leben häufig wie die Rohlwanz. Sie ist über ganz Europa verbreitet.

Die Familie der Windwanzen (Capriden) besteht drei Vertreter, die sich als Schädlinge bemerkbar machen: Die grünliche Wiesenschmalwanz (Abb. 2) und die grüne Schmalwanz (Abb. 3). Die erste Art ist geflügelt und hat den Kopf mit den dunklen Augen, das Schildchen und der vordere Teil des Halsschildes mehr nach Gelb zu neigend, auf dem Halsschilde stehen meist zwei kleine schwarze Punkte. Schwarz sind auch die Fußenden und äußerst feine Fältchen nach der Spentelstippe zu. Rötliche Streifen zieren mandelförmig die Flügeldecken. Sie ist über ganz Europa verbreitet und lebt an Hebräen und grasigen Triften auf verschiedenen wildwachsenden Pflanzen. Ihre Schädlichkeit besteht darin, daß sie besonders die Larven in den Blättern des Ross- und Wickenholzes und der Weiden die Gefäß anbohrt, wodurch der Samentrieb befruchtet oder verdirbt wird.

Die Wiesenschmalwanz kommt in sehr verschiedenen Färbungen vor, meist auf Rotlich rot. Die Grundfarbe ist entweder bräunlich, gelblich, rötlich oder grünlich; auf den Flügeldecken befinden sich schmalstreifige und rötliche Punkte- und Strichzeichnungen, der Halsschild hat vorn und an den Hinterenden je zwei dunkle Punkte und das oberste gelbe Schildchen einen veränderlichen schwarzen Mittelgrundstreifen. Die roten Beine sind an den Schenkelenden mit zwei schwarzen Ringen versehen. Diese Wanzen sind in Buchenplantagen schädlich geworden, deren Blätter und Knospen sie anfisst, so daß letztere abfallen, erstere sich schwarz färben.

Etwas kleiner und schmäler als die Wiesenschmalwanz ist die grüne Schmalwanz. Ihr Leben ist in ganz Europa häufig anzutreffen und lebt auf Erleu und Weiden. Europa richtet sie an jungen Rosenzweigen an, die nach ihrem Stich vertrocknen.

Eine Kultur, die an keine Jahreszeit gebunden ist.

Zur Pflege liegt uns oft der Gedanke nahe: Es ist doch schade, daß die Vierzehner so abhängig von Feuchtigkeit und Wetter ist. Wie wäre es, wenn man auch hier künstliche Kulturen verläste, die von dem Samenstande und anderen Naturbedingungen unabhängig sind. Die Verfindung ist längst gemacht, aber nur einen Preis gibt es, der sich diesen Wünschen fügt: der Champion. Man kann ihn zu jeder Zeit züchten, auch im Herbst und Winter. Es gehört dazu nur ein passender Raum mit möglichst gleichmäßiger Temperatur, den man nach Bedarf feuchte Luft zuführen kann, und Verbindung. Hoch selber eignet sich Stallung, dieser dürfte aber den meisten Championkulturren unerschickbar sein. Die Beschaffenheit des Danges, der den Nährboden für die Pflanze abgeben soll, ist sehr wichtig für das Gelingen der Kultur. Man luche zu erfahren, womit die Tiere, von denen er kommt, gefüttert wurden. Was es Grünfutter, Wiesengras usw. so ist der Dung für die Championkultur ungeeignet. Mit Strodfutter, Heu usw. müssen die Tiere ernährt werden sein. Ferner achte man darauf, daß sich keinerlei feuchte Pflanzenabfälle und dergleichen unter den Dung gemischt haben. Er muß kurz und nicht zu frohig sein.

Man legt den Dung auf einen Saufen, tritt ihn leicht an und bedeckt ihn mit einem alten Strauß. Vor er sich nach ein paar Tagen erdmet, so legt man den Saufen um, d. h. man bringt ihn auf eine andere Stelle, wobei man das Meiste nach innen bringt. Dieses Verfahren wiederholt man einigemal. Ist der Dung zu trocken, um sich genügend zerlegen zu können, so gießt man ihn mit warmem Wasser etwas an. Er ist gebrauchsfähig, wenn er keinen starken Ammoniakgeruch oder einen feinen Nitzgeruch angenommen hat, wenn alle Stroffteile wieder gebrochen sind und er in der Zerlegung begriffen ist, jedoch keinen höchsten Nitzgeruch bereits überstritten hat, wenn er eine gleichmäßig braune Färbung an-

Wann und wo bietet Brache Vorteile?

Die Betriebswirtschaftlichen, unter denen die Landwirtehaft in den letzten Jahren zu leiden hatte, haben neben anderen unzureichenden Erscheinungen die sommerländliche Empfehlung der Rückkehr zur Brache geübt. Unter Brache versteht man bekanntlich das Regenlassen eines Feldes ohne Anbau, um Zeit für die Bodenbearbeitung und Düngung zu gewinnen und den Boden durch Verwitterung zu kräftigen. Auch die Verfüllung der Unkräuter und die Verbesserung des physikalischen Bodenstandes wird auf diesem Wege erreicht. Ob er der richtige ist, darüber gehen die Ansichten der Landwirte meist auseinander. Zu viele Ursachen sind in Wirkung und Wechselwirkung am Ergebnis der landwirtschaftlichen Betriebsführung beteiligt, um in dieser Frage eine kurze, allgemeingültige Formel aufstellen zu können. In Deutschland handelt es sich dabei um eine Frage des Klimas hinsichtlich Wasser und Wärme, des Bodens hinsichtlich Wasser und Lage und vor allem des Kapitals, nach dem sich die Arbeitsleistung durch Maschinen regelt. Im Gärtnereibetriebe und im Feldbauwese wird künstlicher Verwertung gibt es selbst auf sommerlichem Boden keine Brache, weil hier das Betriebskapital zur Beschaffung der gesamten Pflanze besteht. Aber nicht nur in der Nähe der Großstädte ist der Boden bei uns zu teuer, um gelassene Brache zu liegen.

Wenn die Wirkung der Brache auf andere billigerer Weise ohne Ertragsausfall auch zu erzielen wäre, dann ließe sie sich nicht mehr rechtfertigen, falls sie nicht gepflügt werden. Die Bodenbearbeitung durch wiederholtes Pflügen und die Bearbeitung mit Grubber, Egge und Walze in Weiden sollen die mineralischen Nährstoffe des Bodens durch häufigere Aufzucht fruchtbar machen oder „aufschließen“. Es sind Verwitterungsprozesse, die man mit der Brache fördern will. Diese vollziehen sich nach jeder dem Boden aufzuführenden Pflanzarbeit, durch die Sprengung des Gases in der Winterperiode, vor allem aber durch die Wirkung der Kohlensäure, die von den lebenden Pflanzenwurzeln und den humusähnlichen Bodenbestandteilen ausgeht. Die Kohlensäure wirkt die Kohlensäure, soweit sie in die Atmosphäre entweicht, im grünen Pflanzenbestand aus. Bei der Brache, die Zeit und Geld kostet, anstatt Ertrag zu bringen, geht dieser überflüssige Pflanzenstoff in Gasform verloren. In diesem Punkte bietet die Brache oft einen Vorteil. Die Kohlensäure Bodenbearbeitung mit Tiefpflügen vom Winter zum Durchfrieren und eine kostenföhrerzeugende Stall- oder Grününgung mit häufiger Bodenbearbeitung durch Sadkultur vermögen es zu erzielen. Nährstoffreicher, aus reiner Kleinfelder bestehender Boden kann auch bei früher Mähung nicht hergeben.

Als weiterer Grund für die Brache führt man das Bedürfnis des Bodens an. Dieses gibt es aber beim Boden, den Mineralen, ebenso wenig wie bei seinen Bestandteilen der Bakterien, die den Pflanzenwurzeln die zuberbereit. Verbrauchte Nährstoffe erlegt man durch Düngung billiger als durch Brache und für die Bodenbearbeitung der behaute Boden nicht weniger gute Bedingungen des Bodens und der Vermehrung als der fruchtigsten. Sie fordern die Bodenbearbeitung, wenn in regelmäßiger Wechsel angebracht werden, die den Boden befruchten. Es bringe fruchtbar mit Stalldünger und Güllefrucht oder Düngemittel zulassen Getreide eingeschaltet, auch den bindigen, Verbunden in eine Garte, wie sie feine Brache besser ist. Nur ganz schwere, humusarme Löss- und Lehmböden, denen man die Stunde des Krümmens genau abmessen, verlangen noch eine Nachhilfe durch Brache, bis sie Kalk- und stickstoffige Bearbeitung kulturfähig gemacht haben. Die Brache kann man durch die Brache oder nicht sparen, im humusarmen Boden entwickelt sich keine Kohlensäure, die Bodenbearbeitung darin nichts zu verwirklichen findet, die Kohlensäure ist es, die den Boden aufreißt und leidet. Aufgabe der Brache als einer Maßnahme gegen das Übernehmen schließlich der Safruchtbarkeit mit vollem Ertrag.

Der moderne Landwirt mag es sich zur Pflicht machen, das er mit dem Pfluge bearbeitet, zu Schichtarbeiten bringt und diese Fläche lieber zu verkleinern als schlecht zu bearbeiten und zu düngen. Bei diesem Streben scheint die Brache immer weniger einen Platz als das Heuer zu sein. Es fragt sich aber, ob es in solchen Fällen nicht wäre, das Gleichgewicht zwischen Grundfläche und Kapital durch Verpachtung, Auerneuerung oder Weidewirtschaft zu stellen. Das ausgeglichene Recht oder Gleichgewicht zwischen Ertrag und Aufwand ist verlangt, das keine Arbeit, die dem Arbeiter der Kultur nach der Brache kann man nicht mehr verlangen, wenn man weiß, daß beim Weidewirtschaftlichen mit ohne Brache die ersten mit Kapitalträgern abzuliefern pflegen. Mit leichten und mäßigem Boden, auf denen der Safruchtbarkeit aus freudigen Gründen zurückerfordern muß, und in Wirtschaften, in denen Klee eine nachfolgender Winterung die Fruchtfolge abschließt, kann eine Sommerbrache nach Wästel, Grünmähen oder vor Wägen nachschaffen. Das Opfer einer Vollbrache für einen schwereren und untauglichen Lehm- und Tonboden ungenügend Klima oder entlegener Gegend zulässig.

genommen hat und so durchgehen ist, daß man ihn gleichsam formen könnte. Er muß feucht sein, aber nicht wässrig.

Aus solchen Dungen formt man in dem Stall oder Keller dampfartige Beete. Sie können mit „Brot gepflügt“ werden, wenn sie im Innern 25 bis 30 Grad Celsius zeigen. In solche Beete gepflanzt wächst trocken Champignonbrut sehr gut an. Diese besteht aus feinen, weichen Fäden, den Mycelien, die ihren früheren Nährboden durchgehen haben. Sie ziehen genau wie der Pilz selber, daran prüft man ihre Echtheit und Güte. Mit einem Holze bohrt man in 20 Zentimeter Abstand fingerdicke Löcher, in die man die Brut etwa in Größe legt. Darauf auf das Geringste Maß regnet man 1 bis 1 1/2 Kilogramm Brot. Jetzt heißt das Beet 14 Tage lang bis drei Wochen unberührt. Ist der Raum sehr hoch, dann empfiehlt es sich, Strohdrechen oder Säcke darüber zu breiten. Haben die weichen Mycelien das ganze Beet durchzogen, dann mischt man eine feuchte Erde aus je einem Teil Gartenerde, Lehm und Kalkschutt, hebt sie und bringt sie zwei Finger hoch gleichmäßig verteilt auf das Mycel. Mit dem Spaten klopf man die Erde!

Man ist noch dafür zu sorgen, daß die Beetoberfläche nicht trocken, sondern gleichmäßig feucht bleibt. Erfahrenere Züchter gleichen weniger die Beete selbst, als die Umgebung, den Fußboden, die Wege, die Wände, wodurch eine feuchte Luft entsteht. Denn wie bei allen Pilzen gehört auch bei den Champignons zu ihrem Wachstum und Gedeihen Wärme und Feuchtigkeit. Gibt man ihnen diese, dann wachsen sie wie Pilze aus der Erde!

Nach etwa 14 Tagen, wenn die Temperatur nicht zu niedrig war, erscheinen die Champignons als kleine Wäntchen in großer Menge. Um ihre Ausdehnung zu fördern, besprengt man sie blinn mit feingewaschener Erde. Sie entwickeln sich sehr schnell und bringen wochenlang — 8 bis 10 Wochen — ununterbrochen reiche Ernten. Das Annehmen der Pilze geschieht dertat, daß man sie am Hute feht, durch Rins- und Nachschreiben loder und dann heraushebt, niemals herausreißt. Wäntchen soll man die Pilze nur, wenn das Ausbreiten nicht gelingt.

Spalierbäume dürfen nicht über die Mauer wachsen.

Wer eine niedrige Mauer mit Spalierbäumen bespannen will, kann dies nur in der Weise tun, daß er niedrige Formen wählt. Man gibt den Bäumen der Höhe der Mauer entsprechend möglichst viele Leitäste. Mauern von 1,50 Meter Höhe wird man z. B. nicht mit sentredigen Spalierbäumen bespannen, sondern dazu U-Formen oder vierästige Beerenpalmetten, etwa auch sechsstellige Palmetten mit entsprechend genau Boden versehen. Solange die Form mit der Mauer abschließt und keine Schmarzhertriebe vorhanden sind, die über die Mauer hinauswachsen, werden die Fruchtstände bis unterhalb lebensfähig. Dagegen werden die Spalierbäume, die über die Mauer wachsen, unten sehr wüchsig die frei von Licht und Luft umspülten oberen Triebe häufig entwickeln. Selbst durch sorgfältigen Schnitt ist es dann nicht zu vermeiden, daß die unteren Fruchtzweige absterben.

Fragen und Antworten.

U. C. in Ar. Frage: Meine Ziege ist seit einige Zeit mit Ausfall behaftet. Es hat beim Kopf und den Hinterbeinen und geht nun über den ganzen Körper. Später dann die Haare aus. Die Frucht ist gut. Was ist es zu tun?

Antwort: Note Hautflecken, die sich mit Schuppen bedecken, treten bei Ziegen manchmal in solchen Stellen vor, bedecken bei mangelhafter Hautpflege auch manchmal den ganzen Körper gelegentlich nach oben. Sie sollen sich durch die unzureichende und unregelmäßige Kämmen und Bürsten pflegen. Ziegen fressen jedoch trocken, feierartige Stauraupen, Lappe, Ähren, Ähren und Ähren, die sich immer noch in den Wäntchen und die Haut rissig und unrein erscheinen lassen, u. schließlich das Haar aus, so legt Hände vor, die durch die Wäntchen herangezogen wird. In schweren Fällen treten Ziegen an dieser Krankheit, stets jähren sie ab und weniger Milch. Die Befämpfung der Wäntchen selbst ist nicht im Widerspruch des Saftes eines. Dann ist Schmierseife auf die Haut auf, um die Krallen zu entfernen. Die Seife die Seife abzuwaschen. Man stellt die Seife auf den Tag lang wässern, dann mischt man sie mit lauwarmem Wasser und reibt nach dem Entiern der Krallen die Haut mit einem Tuch trocken. Am nächsten Tage reibt man besaenen Stellen mit fünfprozentiger Kreolin- oder Terpentinöl ein. Diese Behandlung setzt man bis zur völligen Heilung fort. Inzwischen ist das Tier trüchtig zu füttern und zu trocknen, anderen Stall unterzubringen. Von anderen mangelnden Tieren fällt man das frische Fett ein. Gatten und Wäntchen der Behandlung entgegen und sich später noch besser machen, wiederholt man sofort das Verfahren.

D. J. in E. Frage: Wie verhält man die in Jahre mähenshaft auftretenden Entlinge?

Antwort: Maßnahmen gegen die Entlingensfliegen dieses Willen oder Graben im Herbst, möglichst in Gegenwart von Hühnern. Ihnen helfen Glare und Saftstrahlen beim Auslösen der Schlinge. Nach der Bodenbearbeitung man Raint- oder Raststoff. Auch die Bodenbearbeitung mit Schmelzschmelzstoff wird empfohlen. Auf das Geringste Bodenfläche bringt man davon 40 bis 50 Kubikmeter in 6 bis 8 etwa 10 Zentimeter tiefe Wäntchen. Ueber die Weite des Verfahrens sind die Meinungen geteilt. In Verhältnissen kann man vorteilhaft mit Düngegruben Gruben, die mit Stallung gefüllt werden, arbeiten. Ein großer Anziehungspunkt auf die Entlinge aus. Wenn im Frühjahr unterirdisch, fallen sie einem in Wäntchen Hände.

E. N. in S. Frage: Gibt es außer Wäntchen ein anderes Mittel gegen die vierjährige Raupenplage?

Antwort: Das Zerdrücken der Eier hätte von weniger Arbeit verursacht. Mit Giftmitteln kommt die vierjährige Raupenplage nicht zu Stande. In Gemälde wegen der Giftigkeit nicht anzuwenden. In Gemälde Spalten mit Zerkleinerung. Entlingensfliegen Tausenden Mittel und Gärtnereipflanzung, Säuben mit gelbem Kalk, Solsäure, Thomsmehl und Kalksalz gefüllten Pflanzen. Ueber die genannten Lösungen. Sie genau Gebrauchsanweisungen im 46. Heft der Biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft Berlin-Dahlem, das für 10 Pfennige zu haben ist.



**Herbst -
Ihr Herren!**

Für Straße und Haus, Beruf und Gesellschaft gilt's, sich neu auszustatten. Unerbittlich, daß auch der Herr sich nach der Mode richtet!

Wollen Sie das Neueste sehen, so besichtigen Sie unsere Ausstellung!

Für jeden Zweck finden Sie die richtige Kleidung in vorbildlicher Qualität und eleganter Patrimoine vollständig billig.

Kommen Sie bald!

**Die Saison
ist eröffnet!**

Schreiber & Sundermann

ECKE SCHRÖTDORFER STR. * MAGDEBURG * BREITER WEG 127

Stahlhelmferkel — Stahlhelmschweine

Galte. Das „Berliner Tageblatt“ ist in der Lage ein Rundschreiben zu veröffentlichen, welches die pommerischen Stahlhelmer an ihnen freundlich gekannte Personen gefandt haben. Befagtes Rundschreiben lautet:

„Der Stahlhelm, Landesverband Ostpre., Belgard, a. Perf. ... 1927 Gau II, 3-Pr.“

Die Finanzierung unserer Stahlhelmbewegung macht uns nach wie vor erhebliche Schwierigkeiten. Da wir andererseits in dieser wasserländischen Arbeit nicht locker lassen möchten und vor allen Dingen den weiteren Ausbau nicht an der ledigen Geldfrage scheitern lassen möchten, erlaube ich der Gau 2 des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, Sie zu bitten, für ihn ein „Stahlhelmferkel“ in Futter zu nehmen. Wir würden Sie auf diese Weise nicht der knappen Mittel berauben und würden selbst zum Frühjahr n. J., nachdem wir von Ihnen ein Stahlhelmschwein zurückerhalten haben, über die notwendigen Mittel verfügen, die uns erlauben, unsere Arbeit fortzusetzen. Sollten Sie die Freundlichkeit haben und unserer Bitte willfahren, so würden wir Ihnen ein Stahlhelmferkel zustellen oder, wenn Sie dies nicht wünschen sollten, Ihnen den Betrag für ein von Ihnen zu stellendes Ferkel überweisen. Ihrem gütigen Bescheide entgegengehend, zeichnet mich freudigstens
mit freundlichem Gruß und Frontheil
Kellwertretender Gauführer.“

Das Geschäft, das der pommerische Stahlhelm zu machen beabsichtigt, ist nicht schlecht, denn an einem solchermaßen aufgemachten Stahlhelmschwein sind immerhin 150—200 Mark zu verdienen. Aber, wenn man nun schon zur Aufrechterhaltung des Stahlhelm-Frontfestes auf Ferkel und Schweine verfallt, dann sollte man auch diese nützlichen Tierchen schon zu Lebzeiten durch Abstreifen eines Stahlhelmschweins als Ersatz und Ersatz der Frontfestes fernzulegen. Auch ein Befehl der Bundesleitung, daß nationalgekennzeichnete Stahlhelmer künftig nur Schweinefleisch essen dürfen, wäre zur Befriedigung der Interessen n. G. sehr an Platz. Vor allem aber müßten diese Stahlhelmschweine von Demonstrationen des Stahlhelms und Jungstahlhelms unter Vorantritt einer Stahlhelmkommission abgehalten und ihrem Bestimmungsorte zugeführt werden. Das wäre eine großartige Propaganda. — In diesem Sinne: „Frontheil!“

An Alle!

Die Bezugsgebühren für das
3. Quartal

sind fällig. Gemäß unserer Anfrischung erheben wir die rückständigen Bezugsgebühren durch Postnachnahmen ausschließlich Schecks.

- D. L. Kleinbahn 6,90 M., L. W. Blät 5,40 M., E. G. Kamen 6,20 M., E. D. Samswegen 4,65 M., A. R. Gutenswegen 4,65 M., W. B.-Burg 5 M., G. L. N. Oberleben 5,43 M., J. R. Weferlingen 5 M., M. W.-Burg 6,90 M., Dr. R. Magdeburg 12,75 M., A. R. Samswegen 4,65 M., S. B. Wasserleben 1 M., S. R. Samswegen 4,65 M., W. R. Samswegen 4,65 M., A. W. Warby 4,65 M.

Um Einfindung der fälligen Gebühre wird freundlichst ersucht.

Gewerkschaft Deutscher Metallarbeiter. Die Bezirksgruppen Witten, Eidenburg und Sidolt veranstalteten am Sonntag, den 24. September, im Konzerthaus eine sehr stark besuchte Jubilärfest. Nach einleitender Konvokationsrede und dem Weisewort von Striegler, das die W. Wollfische Liedertafel unter Fritz Grobels umsichtiger Leitung gut zu Gehör brachte, begrüßte der Vorsitzende C. Koch die Festgäste, wobei er besonders des Ehrenfestes gedachte, an dem verschiedene Mitglieder 25 Jahre der Gewerkschaft angehören. Der Bezirksleiter des Gewerkschafts, Hermann Krantz, überbrachte die Grüße der Hauptverwaltung und sprach im Anschluß über die Aufgabe des Gewerkschafts Deutscher Metallarbeiter, wobei er besonders auf die sozialen Einrichtungen dieser Organisation verwies. Der Vorleser sprach über die hierauf den Jubilaren Paul Böhm, Karl Wagner, Johann Spenna, Albert Delze, Friedrich Schumann und Alfred Sawitzsch ein Diplom sowie einen Blumenstrauß. Namens der Ehrenliste dankte der demokratische Landtagsabgeordnete Oberstudienrat Dr. Dohmer für die freundliche Einladung. Zur Vereinerung der Feier wirkte neben der Wollfischen Liedertafel die Turnerinnen-Abteilung des Wämler-Turn-Vereins Eidenburg 1892 mit. Die Feier verlief in sehr harmonischer und angenehmer Weise.

Thüringer Demokratentag.

Die Deutsche Demokratische Partei des Reichstagswahlkreises 12 hält am 8. und 9. Oktober in Weimern einen Wahlkreisparteitag ab. Die politische Aussprache wird durch ein Referat anderer Reichstagsabgeordneter Frau Dr. Bäumer eingeleitet. In einer öffentlichen politischen Versammlung wird das Reichstagsgesetz behandelt.

Das Reichsbanner am 2. Oktober.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, wird der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am 2. Oktober dem Reichspräsidenten von Emdenburg persönlich die Glückwünsche des Reichsbanners überbringen. Im demokratischen Kreise hätte man gewünscht, daß sich das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bei den Aufmärschen, die aus Anlaß des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten stattfinden, beteiligen hätte; nachdem Bundesvorstand und Gauvorstand dieses abgelehnt hatten, wird der Glückwunschbesuch beim Reichspräsidenten in demokratischen Kreise Genehmigung hervorrufen.

Die Stellung der Ortsvereine.

In den preussischen Abänderungsanträgen ist hinsichtlich der Einführung in den Religionsunterricht vorgeschlagen worden, den § 16 des Reichs-Erziehungs-Gesetzes in der Weise zu fassen, daß den obersten Stellen der Religionsgesellschaft, durch besonders von der Religionsgesellschaft mit dieser Aufgabe Beauftragte, — unbeschadet des Aufsichtrechts des Staates — Gelegenheit zu geben ist, sich davon zu überzeugen, ob der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundfäden der Religionsgesellschaft erteilt wird. Das Nähere soll ein Landesrecht regeln. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ hört, ist innerhalb der preussischen Staatsregierung einmütig die Auffassung vertreten worden, daß die Ortsvereine für diese Einführung in den Religionsunterricht nicht beangezogen werden sollen.

Beamtenscheide bleiben im Verkehr.

Der Reichsfinanzminister hat eine Verordnung erlassen, derzufolge die sogenannten Beamtenscheide nicht nur im Verkehr mit den Beamtensparbanken auch weiterhin zugelassen sind, sondern dieser Verkehr wird auf alle Geldanstalten ausgedehnt. Die Rücksicht auf die finanziellen Belange des Reiches habe es notwendig gemacht, ab 1. Oktober 1927 gewisse Änderungen eintreten zu lassen, und zwar tritt eine Beschränkung bei Schecks ein, die an Ort zahlbar sind, sowie bei Geldanstalten und Kassen, die an den Reichsbank-Giroverkehr angeschlossen sind. Weiterhin ist eine Beschränkung der Einlösung seitens der Kassen auf zwei Tage in der Woche vorgesehen. Drei Tage vor und drei Tage nach der Gehaltszahlung werden keine Schecks angenommen.

Vorschlagszahlungen für die Kriegsbefähigten.

Der Reichstagsausschuß für Kriegsbefähigtenfragen stimmte am Dienstag den Vorschlägen der Regierung über die Vorschlagszahlungen an die Rentenberechtigten zu. Die Novelle zum Reichsverorgungs-Gesetz, welche in Verbindung mit dem Beamtenscheide-Gesetz erlassen werden soll, sieht eine Erhöhung der Renten vor. Auf diese Erhöhung sollen Vorschüsse gegeben werden. Da aus technischen Gründen die Auszahlung am 1. Oktober nicht mehr durchgeführt werden kann, werden die Vorschüsse für Oktober und November am Ende des Monats Oktober zusammen ausbezahlt. Alle Parteien erklärten, daß sie durch die Zustimmung zu diesen Vorschlagszahlungen in keiner Weise in bezug auf die Umgestaltung des Rentenwesens sich für gebunden erachteten.

Urlaub der Reichsbahnbeamten.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Schulz-Steglich hatte an die Reichsregierung die Anfrage gerichtet, ob sie bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft darauf einwirken wolle, daß den Reichsbahnbeamten derartige Urlaub wie den Reichsbeamten ausgestellt werde. Daraufhin ist dem genannten Abgeordneten vom Reichsverkehrsminister Dr. Koch geantwortet worden, daß, — die besonderen Verhältnisse der Reichsbahn — zu berücksichtigen seien und das Reichsbahn-Gesetz dem Reichsbahnbeamten keine Handhabe böte, von der Urlaubsregelung für die Reichsbahn die Übernahme der Verantwortung für die Grundfäden als ermittelnde Übereinstimmung der Urlaubsregelung des Reiches und der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft werde er weiterhin im Auge behalten.

Diese nichtsagende Antwort zeigt deutlich die völlige Einfühlungslosigkeit der Reichsregierung auf die Reichsbahn-Gesellschaft, die ohne Grund und lediglich um die Reichsbahnbeamten zum Nachteil von den Reichsbeamten unterscheiden können, ihre kleinliche Maßnahme aufrecht erhalten will.

Ein Richter beschimpft den Justizminister.

Der Breslauer Landgerichtsrat Gellin befuhrte, nach der „Aussichten Zeitung“ in Gesellschaft anderer Herren ein bekanntes Weinhof, dort beschimpfte er die demokratischen Zeitungen und sprach durch das Hof, alle Juden seien Betrüger. Er erging sich in Schmähungen gegen Politiker und Regierungsmitglieder, u. a. gegen den preussischen Justizminister. Der zufällig anwesende demokratische Landtagsabgeordnete Rektor Hermann wollte den Austritt ein Ende machen und hat den Landgerichtsrat um eine Unterredung, worauf sich die Wut des Richters gegen den Abgeordneten wandte. Schließlich wurde die Polizei benachrichtigt und stellte seine Person fest. Abgeordneter Hermann hat sich beschwerdend an den preussischen Justizminister gewandt und selbst gegen Landgerichtsrat Gellin Strafantrag gestellt.

Briefkasten

Wiederh: 3. Der Austritt aus einem Verein oder Organisation muß in einer Form erfolgen, aus der der Vorstand klar ersichtlich ist, daß das Mitglied aussteigen will. Einfaches Nichtbezahlen der Beiträge genügt nicht. Sie können solche Beiträge einlagern.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Ludwig Müller, Magdeburg. — Druck: Buchdruckerei Weniger & Co., G. m. b. H., Dessau.



